

2. RECHENSCHAFTSBERICHT

zum Jahresabschluss 2017

2.1 Ziele und Strategien

Im Jahr 2016 hat die Verwaltung gemeinsam mit den Bürgern das Leitbild „Lörrach gestalten. Gemeinsam.“ erarbeitet. Der Gemeinderat hat das Leitbild der Bürgerschaft als richtungsweisenden Impuls für die politische Diskussion in den Gremien anerkannt und die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zum konkreten Umgang mit den Zielen des Leitbildes zu erarbeiten. Die neue Struktur des Zieleprozesses und damit die Verknüpfung der politischen Schwerpunkte mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft hat der Gemeinderat im Juli 2017 verabschiedet. Erstmals haben Verwaltung und Gemeinderat für das Haushaltsjahr 2018 mit der Erarbeitung und der Verabschiedung der prioritären Maßnahmen als Bestandteil des Haushaltsplans die Ziele aus dem Leitbild der Bürgerschaft mit den operativen Zielen und messbaren Leitziele der Verwaltung als Grundlage dargelegt und daraus konkrete Maßnahmen entwickelt. Gegliedert sind insgesamt 42 Maßnahmen in die Themenfelder Wohnen, Mobilität, Wirtschaft, Bildung, Kultur und Finanzen.



Aufgrund der Neustrukturierung des Prozesses wurden für das Jahr 2017 ausnahmsweise keine Ziele beschlossen. Daher erfolgte im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 auch keine Zielabfrage. Zukünftig wird der Zielerreichungsgrad für das zurückliegende Haushaltsjahr im Einzelnen innerhalb des Jahresabschlusses überprüft und kann in den jeweiligen Teilhaushalten nachvollzogen werden.

Ein messbares System mit Zielvereinbarungen ist ein entscheidender Schritt hin zu einer neuen Steuerung der Kommune.

2.2 Verlauf des Haushaltsjahres mit den wichtigsten Ergebnissen des Jahresabschlusses

2.2.1. Schnellübersicht Planabweichungen 2017

Ergebnisrechnung 2017		Finanzrechnung 2017	
Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen laufende Verwaltung	Auszahlungen laufende Verwaltung
zahlungswirksam: +14,7 Mio. €	zahlungswirksam: -0,4 Mio. €	+14,8 Mio. €	-0,4 Mio. €
nicht- zahlungswirksam: +1,5 Mio. €	nicht- zahlungswirksam: +1,2 Mio. €		
Gesamterträge ordentlich: +16,2 Mio. €	Gesamtaufw. ordentlich: +0,8 Mio. €		
Ordentliches Ergebnis +15,4 Mio. €			
zahlungswirksam: 0 Mio. €	zahlungswirksam: 0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €
nicht- zahlungswirksam: +10,8 Mio. €	nicht- zahlungswirksam: +10,6 Mio. €		
Gesamtertr. außerordentlich: +10,8 Mio. €	Gesamtaufw. außerord.: +10,6 Mio. €		
Sonderergebnis +0,2 Mio. €			
Gesamtergebnis +15,7 Mio. €		Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verw.: +15,2 Mio. €	
		Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
		-6,0 Mio. €	-6,3 Mio. €
		Saldo aus Investitionstätigkeit: +0,3 Mio. €	
		Einzahlungen Kredite	Auszahlungen ordentliche Tilgung
		0 Mio. €	-0,1 Mio. €
		Saldo aus Finanzierungstätigkeit: +0,1 Mio. €	
		Änderung Finanzierungsmit- bestand: +15,6 Mio. €	
		Einzahlungen haushaltsfremde Vorgänge	Auszahlungen haushaltsfremde Vorgänge
		+35,4 Mio. €	+47,3 Mio. €
		Saldo haushaltsunwirks. Vorgänge: -11,9 Mio. €	
		Änderung Zahlungsmittel- bestand: +3,7 Mio. €	

2.2.2. Übersicht Gesamtergebnisrechnung

Ergebnisrechnung					Ergebnisrechnung				
Erträge	Gr.	Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung	Aufwendungen	Gr.	Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung
wesentliche Steuereinnahmen:					Personalaufwendungen	40	25.254.200	24.925.351	-328.849
Grundsteuer A	30	20.000	22.570	+2.570	Versorgungsaufwendungen	41	318.000	359.451	+41.451
Grundsteuer B	30	8.830.000	8.896.918	+66.918	Ausgewählte Positionen Gruppe 42:				
Gewerbesteuer	30	21.000.000	28.113.113	+7.113.113	Bauunterhaltung 2200 (inkl. Werkhof)	42	3.956.600	3.458.390	-498.210
Gemeindeanteil a.d. Einkommenssteuer	30	29.645.000	32.104.243	+2.459.243	Bauunterhaltung 2400 (inkl. Werkhof)	42	2.445.100	2.185.171	-259.929
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	30	3.465.000	3.467.367	+2.367	Grün-/Baumpflege	42	2.300.300	2.116.666	-183.634
Vergnügungssteuer	30	3.210.000	3.469.464	+259.464	Mieten und Pachten	42	875.400	1.129.083	+253.683
Hundesteuer	30	150.000	157.174	+7.174	Bewirtschaftungskosten	42	3.220.500	3.171.209	-49.291
Familienleistungsausgleich	30	2.384.000	2.388.296	+4.296	Aufwand für Datenverarbeitung	42	1.200.500	1.164.211	-36.289
Steuern und ähnliche Abgaben	30	68.704.000	78.619.145	+9.915.145	Straßenreinigung und Winterdienst	42	1.826.900	1.812.458	-14.442
Allgemeine Zuweisungen:					Besondere Verw. u. Betriebsaufwend.:				
FAG-Schlüsselzuweisungen	31	22.538.000	24.216.129	+1.678.129	Verkehrskonzept B317	42	100.000	0	-100.000
Zuweisungen Große Kreisst./Verw.gem.	31	431.000	434.037	+3.037	Bestattungsanordnungen	42	40.000	79.515	+39.515
Ausgewählte Zuweisungen vom Land:					Baulandumlegung Belist	42	0	118.115	+118.115
Sachkostenbeiträge Schulen	31	2.996.000	3.117.587	+121.587	Tourismus	42	98.000	29.924	-68.076
Schulkindbetreuung	31	246.900	240.240	-6.660	Anschlussunterbr. (teilw. investiv verwendet)	42	1.250.000	193.543	-1.056.457
Integrationslastenausgleich	31	280.000	339.707	+59.707	Obdachlosenbetreuung	42	550.000	621.307	+71.307
Kindergartenlastenausgleich	31	2.713.000	2.717.782	+4.782	Energie-/Umweltmaßnahmen	42	236.300	42.874	-193.426
Kleinkindbetreuung	31	3.362.000	3.535.231	+173.231	Bebauungspläne	42	213.000	272.957	+59.957
Zuwendungen und allgem. Umlagen	31	33.115.500	35.355.479	+2.239.979	Leistungsverträge (z.B. Schulkindbetr.)	42	1.924.800	2.043.830	+119.030
Auflösung v. Inv.Zuschüssen/-beiträgen	316	1.043.400	968.359	-75.041	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	42	25.997.600	24.044.197	-1.953.403
Ausgewählte Positionen Gruppe 33:					Ausgewählte Positionen Gruppe 43:				
Verwaltungsgebühren Einwohnerwesen	33	440.800	480.124	+39.324	Zuschüsse an verbundene Unternehmen	43	2.220.400	2.336.170	+115.770
Baugebühren und Stellplatzablöse	33	505.200	594.677	+89.477	Betriebskosten externe Kindertagesstätten	43	11.575.000	11.498.500	-76.500
Vermessungsgebühren und -entgelte	33	300.900	418.853	+117.953	Bauunterhaltungszuschüsse Kitas / Sport	43	162.900	447.635	+284.735
Sondernutzung Straßen	33	40.000	124.599	+84.599	Zuschüsse an Vereine und Organisationen	43	1.296.200	1.226.241	-69.959
Feuerwehrentgelte	33	125.000	171.925	+46.925	Allgemeine Umlagen:				
Musikschulentgelte	33	632.000	689.284	+57.284	Gewerbesteuerumlage	43	3.996.000	5.166.709	+1.170.709
Parkgebühren	33	810.200	859.523	+49.323	Finanzausgleichsumlage	43	14.866.000	14.825.817	-40.183
Anschlussunterbringung Nutzungsentsch.	33	500.000	373.714	-126.286	Kreisumlage	43	20.562.000	20.561.838	-162
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33	5.911.600	6.255.184	+343.584	Transferaufwendungen	43	54.787.400	56.180.323	+1.392.923
Mieten und Pachten	34	1.363.800	1.436.655	+72.855	Ausgewählte Positionen Gruppe 44:				
Einnahmen aus Verkauf	34	449.300	468.722	+19.422	Sonst. Personal- u. Versorgungsaufwend.	44	452.000	518.109	+66.109
Sonst. Privatrechtliche Leistungsentgelte	34	203.300	320.342	+117.042	Organisationsberatung	44	66.500	13.078	-53.422
Privatrechtliche Leistungsentgelte	34	2.016.400	2.225.720	+209.320	Rechtsberatung Konzessionen	44	50.000	12.471	-37.529
Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	348	1.161.000	1.367.364	+206.364	Straßenreinigungskonzept	44	20.000	0	-20.000
Ausgewählte Positionen Gruppe 35:					Geschäftsaufwendungen	44	716.200	783.322	+67.122
Konzessionsabgaben	35	2.134.300	2.265.156	+130.856	Versicherungen und betriebliche Steuern	44	470.300	531.331	+61.031
Bußgelder	35	2.258.900	2.114.248	-144.652	Erstattungen	44	246.100	232.655	-13.445
Säumniszuschläge u.dgl.	35	327.500	1.113.498	+785.998	Erstattungs-zinsen (überw. f. Gew.steuer)	44	75.000	221.357	+146.357
Baulandumlegung Belist	35	1.000	284.240	+283.240	Baulandumlegung Belist	44	0	285.591	+285.591
Wertberichtigung Forderungsabschreib.	35	0	615.116	+615.116	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44	2.433.300	2.969.493	+536.193
Sonstige ordentl. Erträge zahlungsw.	35	4.771.700	6.960.946	+2.189.246	Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen	45	525.300	537.181	+11.881
Ausgewählte Position Gruppe 36:					AfA Sachanlagevermögen	47	6.035.100	6.120.753	+85.653
Wertberichtigung Fremdwährungsdarlehen	36	0	851.325	+851.325	AfA Finanzvermögen (Forderungsabschr.)	47	0	959.465	+959.465
Finanzerträge	36	149.500	1.218.609	+1.069.109	Sonstige Abschreibungen	47	69.500	74.436	+4.936
Aktiviert Eigenleistungen	37	0	100.367	+100.367	Bilanzielle Abschreibungen	47	6.104.600	7.154.654	+1.050.054
Summe ordentliche Erträge		116.873.100	133.071.172	+16.198.072	Summe ordentliche Aufwendungen		115.420.400	116.170.651	+750.251
					Ordentliches Ergebnis		1.452.700	16.900.521	+15.447.821

Am 14. Dezember 2016 hat der Gemeinderat den Haushaltsplan 2017 mit Erträgen in Höhe von 116.873.100 Euro sowie Aufwendungen in Höhe von 115.420.400 Euro beschlossen. Der doppische Haushaltsausgleich gelang im Plan mit einem Überschuss in Höhe von 1.452.700 Euro.

Das **ordentliche Ergebnis** beträgt **16.900.521,31 Euro** und liegt somit 15.447.821,31 über dem Planansatz. Die Verbesserung setzt sich aus Mehrerträgen in Höhe von 16.198.071,88 Euro, aber auch Mehraufwendungen in Höhe von 750.250,57 Euro zusammen.

Das **Sonderergebnis** beträgt **225.229,19 Euro**. Bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 10.848.590,82 Euro und den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 10.623.361,63 Euro handelt es sich fast ausschließlich um nicht-zahlungswirksame Vorgänge aus der Anlagenbuchhaltung. Schwerpunkt bildet die Baulandumlegung im Belist. Hinzu kommen Wertberichtigungen durch die Inventur, der Gewinn der Stadtwerke sowie die Rückerstattung der Anwohnerbeiträge „Grabenstraße“.

Das **Gesamtergebnis** beträgt **17.125.750,50 Euro** (15.673.050,50 Euro höher als geplant). Die Erläuterungen und Begründungen zu den einzelnen Planabweichungen sind in Kapitel 2.3 dargestellt.

2.2.3. Übersicht Gesamtfinanzzrechnung

Die Finanzrechnung betrachtet alle Zahlungsvorgänge, die zwischen dem 1.1. und dem 31.12. des Haushaltsjahres angefallen sind, unabhängig der Zuordnung zum jeweiligen Haushaltsjahr nach Leistungs- oder Bescheiddatum in der Ergebnisrechnung.

Finanzrechnung				Finanzrechnung					
Einzahlungen a. laufender Verwaltungstätigkeit		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung	Auszahlungen a.laufender Verwaltungstätigkeit		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung
Steuern, allgemeine Zuweisungen	60	68.704.000	78.412.286	+9.708.286	Personalauszahlungen	70	25.288.500	24.803.023	-485.477
Zuwendungen und allgem. Umlagen	61	33.115.500	35.533.744	+2.418.244	Versorgungsauszahlungen	71	318.000	359.451	+41.451
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	63	5.911.600	6.229.241	+317.641	Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	72	25.997.600	24.345.537	-1.652.063
Privatrechtliche Leistungsentgelte	64	2.016.400	2.200.749	+184.349	Transferauszahlungen	73	54.787.400	55.926.359	+1.138.959
Kostenerstattungen und -umlagen	648	1.161.000	1.398.539	+237.539	Sonstige Auszahlungen	74	2.433.300	2.931.278	+497.978
Sonstige ordentl. Einzahlungen	65	4.771.700	6.283.804	+1.512.104	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	75	525.300	535.738	+10.438
Finanzeinzahlungen	66	149.500	544.124	+394.624					
Summe Einzahlungen a. lauf. Verw.		115.829.700	130.602.488	+14.772.788	Summe Auszahlungen a. lauf. Verw.		109.350.100	108.901.387	-448.713
					Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit		6.479.600	21.701.101	+15.221.501
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung	
Zuw./Zuschüsse für Investitionen	681	300.000	311.655	+11.655	Investitionszuschüsse	781	628.300	393.811	-234.489
Veräußerungen	682-686	5.660.500	390.045	-5.270.455	Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	782	1.713.100	1.631.269	-81.831
Abwicklung von Baumaßnahmen	687	0	52.564	+52.564	Erwerb von bewgl. / immat. Verm. / Bet.	783-786	555.400	828.992	+273.592
Rückflüsse von Ausleihungen	688	15.400	15.613	+213	Baumaßnahmen	787	9.566.000	3.356.415	-6.209.585
Beiträge und ähnliche Entgelte	689	755.000	0	-755.000	Gewährung von Ausleihungen	788	0	200	+200
Summe Einzahlungen a. Investitionst.		6.730.900	769.876	-5.961.024	Summe Auszahlungen a. Investitionst.		12.462.800	6.210.687	-6.252.113
					Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit		-5.731.900	-5.440.811	+291.089
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit					Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung	
Einz. Aus der Ausgabe von Anleihen	691	0	0	0	ordentliche Tilgung	791-794	550.000	487.688	-62.312
Sonst. Einz. a. Finanzierungstätigkeit	694-699	0	0	0	außerordentliche Tilgung	792 a.o.	0	0	0
Kreditaufnahmen	692	0	0	0	Gewährung von Darlehen	799	0	0	0
Summe Einzahl. a. Finanzierungst.		0	0	0	Summe Auszahl. a. Finanzierungst.		550.000	487.688	-62.312
					Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit		-550.000	-487.688	+62.312
Änderung Finanzierungsmittelbestand					Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung		
Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes					197.700	15.772.603	+15.574.903		
Einzahlungen aus haushaltsunwirks. Vorgänge					Auszahlungen a. haushaltsunwirks. Vorgängen				
		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung		Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung	
Geldanlagen / Sonst. Einlagen	67940	0	25.150.000	+25.150.000	Geldanlagen / Sonst. Einlagen	77940 u.a.	0	12.759.203	+12.759.203
Geldanlagen: Investmentzertifikate	67941	0	6.000.000	+6.000.000	Geldanlagen: Investmentzertifikate	77941	0	27.000.000	+27.000.000
Geldanlagen: Kapitalmarktpapiere	67942	0	0	0	Geldanlagen: Kapitalmarktpapiere	77942	0	2.000.000	+2.000.000
Kassenkredite (Aufnahme von Bank)	6792	0	0	0	Kassenkredite (Rückzahlung an Bank)	7792	0	0	0
Liquiditätsverbund	6793	0	2.245.000	+2.245.000	Liquiditätsverbund	7793	0	3.445.000	+3.445.000
Vorsteuer, Umsatzsteuerverbund	6797 u.a.	0	1.213.781	+1.213.781	Umsatzsteuer	7797 u.a.	0	1.272.246	+1.272.246
Sonstige haushaltsunwirks. Einzahlungen	6791	0	802.216	+802.216	Sonstige haushaltsunwirks. Auszahlungen	7791	0	849.814	+849.814
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	67	0	35.410.997	+35.410.997	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	77	0	47.326.263	+47.326.263
					Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen		0	-11.915.266	-11.915.266
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln					Plan 2017	Erg. 2017	Abweichung		
Veranschlagte Änderung des Zahlungsmittelbestandes					197.700	3.857.337	+3.659.637		

Laufende Verwaltungstätigkeit:

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen 14.772.788,17 Euro über den Planansätzen. Abweichungen zu den Mehrerträgen im ordentlichen Ergebnis sind unter anderem bei der Gewerbesteuer (Erträge rund 200.000 Euro höher) zu finden. Zudem sind die Kursgewinne aus CHF-Darlehen sowie die Auflösung von Wertberichtigungen (Rücknahme von Forderungsabschreibungen) nicht zahlungswirksam und somit in der Finanzrechnung nicht enthalten.

Hinzu kommen Minderauszahlungen in Höhe von insgesamt 448.713,21 Euro. Im Vergleich zu den Mehraufwendungen in der Ergebnisrechnung sind in der Finanzrechnung die Forderungsabschreibungen (rd. 950.000 Euro), die höheren Altersteilzeitrückstellungen (rd. 100.000 Euro) und die Abweichungen bei den bilanziellen Abschreibungen (rd. 90.000 Euro) nicht enthalten.

Darüber hinaus entstehen auch bei zahlungswirksamen Buchungsvorgängen regelmäßig Abweichungen zwischen Leistungsdatum (relevant für Ergebnisrechnung) und Zahlungseingang. So liegen beispielsweise die *Auszahlungen* für Bauunterhaltung im Jahr 2017 rund 150.000 Euro höher als die entsprechenden Aufwendungen.

Investitionstätigkeit:

Bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sind Mindereinzahlungen von -5.961.023,82 Euro zu verzeichnen. Diverse Grundstücke wie beispielsweise das Areal Weberei Conrad / MMZ (4,8 Mio. Euro) oder „Westlich Innenstadt“ (840.000 Euro) konnten 2017 noch nicht wie geplant veräußert werden. Nicht eingegangen sind zudem ein Teilbetrag des Bundeszuschusses für die Rosenfelssporthalle (300.000 Euro) sowie diverse Ausgleichszahlungen (755.000 Euro). Stattdessen gingen u.a. ohne Planansatz Zuschussmittel für Schulräume für die Mehrzweckhalle Tumringen (216.000 Euro), Verkaufserlöse für die Tiefgarage Rosenfels an die Stadtwerke sowie diverse kleinere Grundstücke ein. Eine tabellarische Aufstellung kann Kapitel 2.3.5. entnommen werden.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit liegen mit -6.252.113,11 Euro deutlich unter der Planung (Minderauszahlungen).

Im Bereich Hochbau kamen bei Planansätzen von 6,436 Millionen Euro (zuzüglich Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von rund 3,425 Millionen Euro) lediglich rund 2,27 Millionen Euro zur Auszahlung. Zu Verzögerungen kam es bei den Maßnahmen Sporthalle Brombach, Kita Haagen, Rosenfelssporthalle, Umbau Bonifatiusareal, Hans-Thoma-Gymnasium, Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule, Familienzentrum sowie bei der Anschlussunterbringung Neumatt-Brunnwasser. Die Restmittel für die genannten Maßnahmen betragen derzeit rund 6,2 Millionen Euro.

In den Bereichen Tiefbau und Sonstige Baumaßnahmen kamen bei Planansätzen von 3,13 Millionen Euro (zuzüglich Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von rund 3,167 Millionen Euro) insgesamt rund 1,086 Millionen Euro zur Auszahlung. Größere Beträge stehen unter anderem noch bei den Maßnahmen Verkehrserschließung Belist sowie Hochwasserschutz Hauingen bereit.

Des Weiteren wurden 900.000 Euro für das Zollquartier, welche außerplanmäßig bereitgestellt wurden, bislang nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen.

Nähere Ausführungen können Kapitel 2.3.7. entnommen werden.

Finanzierungstätigkeit:

Die Neuaufnahme von Krediten war im Haushaltsjahr 2017 nicht notwendig. Die Tilgungsleistung liegt mit 487.687,77 Euro leicht unter dem Planansatz (550.000 Euro). Grund ist der günstige Wechselkurs der CHF-Darlehen.

Haushaltsunwirksame Vorgänge:

Die aus der Kameralistik bekannten ShV-Buchungen sind im NKHR Forderungen und Verbindlichkeiten in der Bilanz. Es handelt sich um Einzahlungen, die sogleich mit ihrer Vereinnahmung als Auszahlung vorgemerkt sind (Verbindlichkeiten), oder um Auszahlungen, die später wieder zu Einzahlungen führen (daher unter Forderungen geführt). Eine Planung ist für haushaltsunwirksame Vorgänge nicht vorgesehen. Eine Aufteilung nach Geschäftsvorfällen der Einzahlungen in Höhe von 35.410.997,09 Euro und der Auszahlungen in Höhe von 47.326.262,95 Euro kann der Tabelle zur Finanzrechnung (siehe links unten) entnommen werden.

Gesamtergebnis Finanzrechnung 2017:

Der Finanzhaushalt 2017 war mit einer Erhöhung des Finanzierungsmittelbestandes in Höhe von 197.700 Euro geplant. Nach dem Jahresabschluss erhöht sich dieser um 15.772.602,90 Euro, was einer **Verbesserung von 15.574.902,90 Euro** entspricht.

Der reine Zahlungsmittelbestand (=Finanzierungsmittelbestand unter Einbezug der haushaltsunwirksamen Vorgänge) steigt dagegen aufgrund diverser Geldanlagen in Investmentzertifikate und Kapitalmarktfonds nur um 3.857.337,04 Euro. Der Endbestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2017 liegt somit bei **4.780.628,35 Euro**.

2.2.4. Wesentliche Bilanzveränderungen

Ergebnisrechnung			
Erträge - in EUR -		Aufwendungen - in EUR -	
ordentliche Erträge	133.071.171,88 €	ordentliche Aufwend.	116.170.650,57 €
		ordentliches Ergebnis:	16.900.521,31 €
außerordentliche Erträge	10.848.590,82 €	außerordentliche Aufw.	10.623.361,63 €
		Sonderergebnis:	225.229,19 €

Bilanz zum 31.12.2017				
Aktiva - in EUR -			Passiva - in EUR -	
	01.01.2017	31.12.2017	01.01.2017	31.12.2017
immaterielle Vermögensgegenstände	267.190 €	296.533 €	Basiskapital	183.819.210 € → 213.653.786 €
Sachvermögen	207.934.070 €	213.532.017 €	ordentl. Rücklage	22.831.989 € → 16.900.521 €
Finanzvermögen	61.197.280 €	78.755.736 €	Sonderrücklage	7.002.586 € → 225.229 €
davon liquide Mittel	923.291 €	4.780.628 €	Sonderposten	32.977.708 € → 39.839.056 €
Sonderposten	2.318.143 €	2.512.488 €	Rückstellungen	115.844 € → 242.708 €
Aktive RAP	128.364 €	130.894 €	Verbindlichkeiten	24.995.686 € → 24.250.840 €
Bilanzsumme	271.845.047 €	295.227.668 €	Passive RAP	102.022 € → 115.528 €
			Bilanzsumme	271.845.047 € → 295.227.668 €

Finanzrechnung			
Einzahlungen - in EUR -		Auszahlungen - in EUR -	
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	923.291,31 €		
haushaltswirksame Einzahlungen	131.372.364,35 €	haushaltswirksame Auszahlungen	115.599.761,45 €
Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	35.410.997,09 €	Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	47.326.262,95 €
		Endbestand an Zahlungsmitteln	4.780.628,35 €

Die Bilanz umfasst die Vermögensrechnung der Stadt Lörrach und ist die tragende Säule innerhalb der **3-Komponenten-Rechnung**. Während die Aktivseite das Vermögen der Stadt Lörrach zeigt, dokumentiert die Passivseite die jeweilige Mittelherkunft.

Die Bilanzsumme steigt gegenüber dem Stichtag 1.1.2017 um **23.382.621,54 Euro** auf 295.227.668,10 Euro.

Auf der **Aktivseite** erhöht sich das Sachanlagevermögen um rund 5,6 Millionen Euro. Der Betrag setzt sich aus Vermögenszugängen in Höhe von rund 16,8 Mio. Euro, Abgängen von ca. 5,2 Mio. Euro und Abschreibungen in Höhe von rund 6 Mio. Euro zusammen. Von den Zugängen sind rund 12,3 Millionen Euro auf unbebaute Grundstücke zurückzuführen, davon wiederum 10,3 Millionen Euro auf die im Zuge der Baulandumlegung neu entstandenen Belist-Grundstücke. Hinzu kommen die unter 2.3.7. erläuterten Grundstückskäufe (überwiegend Zentralklinikum und Bühl III), sowie Umbuchungen aus anderen Anlageklassen. Weitere Zugänge zum Sachanlagevermögen ergeben sich aus Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen sowie aus beweglichen Vermögensgegenständen. Von den Abgängen beziehen sich rund 4,7 Millionen Euro auf die im Zuge der Baulandumlegung untergegangenen alten Belist-Grundstücke. Nähere Informationen liefert der Anhang zur Bilanz.

Das Finanzvermögen steigt um rund 17,6 Mio. Euro: Maßgeblich ist der höhere Finanzierungsmittelbestand von rund 15,6 Millionen Euro, welcher sich aus dem sehr guten Finanzrechnungsergebnis ergibt. Der liquide Überschuss ist allerdings bereits für Investitionen in den kommenden Jahren eingeplant. In der Bilanz teilt sich dieser grob betrachtet auf in höhere liquide Mittel (+3,9 Mio. Euro), höhere Geldanlagen in Wertpapiere (+23 Millionen Euro), geringere Tagesgeldeinlagen (-12,4 Mio. Euro) sowie Ausleihungen im Rahmen des Liquiditätsverbunds an Eigenbetriebe (+1 Mio. Euro).

Darüber hinaus steigt das Finanzvermögen durch den Gewinn des EB Stadtwerke (+0,2 Mio. Euro) sowie durch einen größeren Bestand an Forderungen aus Transferleistungen (+1,6 Mio. Euro), da u.a. mehrere Zuwendungsbescheide für das Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße eingebucht worden sind.

Die um rund 0,2 Millionen Euro gestiegenen aktiven Sonderposten begründen sich durch Investitionszuschüsse an Kindertagesstätten freier und kirchlicher Träger.

Auf der **Passivseite** der Bilanz sind die angesammelten ordentlichen Rücklagen sowie Sonderrücklagen der Abschlüsse 2012 bis 2016 nach § 23 Satz 3 GemHVO mit dem Basiskapital verrechnet worden. Begründet wird dies durch die Tatsache, dass die Rücklagen für zukünftige Ergebnishaushalte liquide nicht mehr zur Verfügung stehen, da sie in den letzten Jahren stets für Investitionsmaßnahmen eingesetzt worden sind. Der Rücklagenbestand der Schlussbilanz 2017 besteht daher ausschließlich aus dem ordentlichen Ergebnis 2017 (16.900.521,31 Euro) und aus dem Sonderergebnis (225.229,19 Euro). Das Basiskapital erhöht sich hingegen um 29.834.575,19 Euro.

Die Höhe der Sonderposten für empfangene Zuschüsse und Beiträge steigt deutlich um rund 6,9 Millionen Euro. Hauptgrund ist die Wertsteigerung der Belist-Grundstücke nach der Baulandumlegung, welche als Sonderposten zu passivieren waren (5,56 Mio. Euro). Hinzu kommen unter anderem die oben erwähnten Zuschussbescheide für das Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße.

Die höheren Rückstellungen (0,13 Millionen Euro) teilen sich auf neue Altersteilzeitverträge und auf anhängige Gerichtsverfahren auf.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sinken um rund 1,34 Millionen Euro: Neben der regulären ordentlichen Tilgung (rd. 0,5 Mio. Euro) ist die Kurskorrektur der CHF-Darlehen maßgeblich. Dagegen liegen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um rund 0,6 Millionen höher, da u.a. 2018 mit knapp 5 Millionen Euro entsprechend mehr Buchungen aufgrund des Leistungsdatums rückwirkend dem Haushaltsjahr 2017 zugeordnet worden waren, als dies 2017 zum HHJ 2016 der Fall war.

2.2.5. Budgetabrechnung und Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen			
	Verwaltungsbudgets	Investitionsausz.	Gesamt
2017	3.424.377,04	14.760.200,80	18.184.577,84
2016	2.405.684,10	7.251.898,75	9.657.582,85
2015	3.272.895,15	8.528.372,89	11.801.268,04
2014	4.408.330,49	8.006.479,16	12.414.809,65
2013	4.977.546,51	10.064.593,22	15.042.139,73
2012	3.715.342,81	8.940.344,29	12.655.687,10
2011	2.754.087,65	9.038.669,26	11.792.756,91
2010	1.282.973,11	10.614.443,55	11.897.416,66
Schnitt	3.280.154,61	9.650.625,24	12.930.779,85

Verwaltungsbudgets:

Nachdem die vom Gemeinderat beschlossenen pauschalen Überträge von 50% bzw. 100% (Globalbudget Kultur und Schulbudgets) in den letzten Jahren aufgrund der Haushaltskonsolidierung ausgesetzt worden waren, wurden diese für die Überträge 2017 erstmals wieder zugelassen. Darüber hinaus hat der Gemeinderat weitere 100%-Anträge genehmigt. In den meisten Fällen handelt es sich um laufende Maßnahmen, Bebauungspläne und Projekte. Zu deutlich höheren Überträgen gegenüber dem Vorjahr führt insbesondere ein verhältnismäßig geringer Mittelabfluss im Bereich Bauunterhaltung der Fachbereiche 2200 und 2400. Mehrere Einzelmaßnahmen verzögerten sich und können erst im Jahr 2018 durchgeführt werden.

Die einzelnen Überträge können der Anlage 5 des Anhangs der Bilanz in diesem Dokument entnommen werden.

Budgeteinheit		Verfügbar	Quote	Übertrag
B1000	Dezernat 1 Oberbürgermeister	6.865,89	0%	0,00
B1030	Wirtschaftsförderung	4.752,69	50%	2.376,35
B1080	Personalrat	1.006,91	50%	503,46
B1100	Stadtentwicklung und Stadtplanung	471.013,40	100%	471.013,40
B1200	Zentrale Dienste und Ratsarbeit	87.205,60	100%	87.205,60
B1220	Personalbudget	328.097,02	0%	0,00
B1300	Recht und Stiftungen	429,39	100%	429,39
B1400	EDV	16.965,80	100%	16.965,80
B1500	Finanzen	5.397,42	50%	2.698,71
B1600	Globalbudget Kultur	84.213,44	100%	84.213,44
B1680	Tourismus	117.377,55	55%	65.000,00
B1700	Baurecht	4.368,30	100%	4.368,30
B1800	Rechnungsprüfung	823,88	50%	411,94
B1900	Medien und Kommunikation	15.248,90	50%	7.624,45
B1940	Märkte	2.146,11	50%	1.073,06

B2000	Dezernatsleitung Bürgermeister/in	-3.292,05	0%	0,00
B2100	Bürgerdienste und Standesamt	19.068,66	84%	16.063,62
	Anschlussunterbringung	106.922,93	100%	106.922,93
B2120	Ortsverwaltung Brombach	2.635,91	50%	1.317,96
B2130	Ortsverwaltung Haagen	-574,66	0%	0,00
B2140	Ortsverwaltung Hauingen	1.639,12	50%	819,56
B2200	Grundstücks- und Gebäudemanagement	648.947,89	99%	642.300,00
B2310	Jugend und FB2300 allgemein	17.672,59	100%	17.672,59
B2320	Kindergärten und Kinderkrippen	64.608,14	8%	5.400,00
B2320EXT	Externe Kindertagesstätten	281.874,24	91%	257.715,37
B2330	Schulverwaltung / Schulen (ohne Schulbudgets)	155.252,54	66%	102.644,64
B2332	Eichendorffschule	21.470,27	100%	21.470,27
B2333	Fridolinschule	17.634,43	100%	17.634,43
B2334	Grundschule Tumringen	2.041,08	100%	2.041,08
B2335	Hebelschule	11.772,84	100%	11.772,84
B2336	Astrid-Lindgren-Grundschule Hauingen	4.294,45	100%	4.294,45
B2337	Grundschule Salzert	624,28	100%	624,28
B2341	Neumattschule	79.295,85	100%	79.295,85
B2342	Hellbergschule	25.760,68	100%	25.760,68
B2343	Schlossbergschule	12.032,28	100%	12.032,28
B2344	Albert-Schweitzer-Schule	-9.203,25	0%	0,00
B2351	Theodor-Heuss-Realschule	40.689,15	100%	40.689,15
B2361	Hans-Thoma-Gymnasium	50.743,92	100%	50.743,92
B2362	Hebel-Gymnasium	-12.203,71	0%	0,00
B2371	Pestalozzi-Schule	10.070,86	100%	10.070,86
B2380	Sport und Sportförderung	76.815,51	90%	69.506,03
B2400	Straßen/Verkehr/Sicherheit	1.074.671,38	57%	609.535,31
B2451	Feuerwehr	13.952,61	0%	0,00
B2500	Vermessung	157.911,47	13%	20.800,00
B2620/30	Abwasser und Stadtwerke im Kernhaushalt	30.582,15	0%	0,00
B2800	Umwelt und Klimaschutz	850.304,49	65%	553.365,06
		4.899.928,35	70%	3.424.377,04

Investitionen:

Die Überträge für Investitionsmittel fallen deutlich höher aus als in den Vorjahren. Im Bereich Hochbau kamen bei Planansätzen von 6,436 Millionen Euro (zuzüglich Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von 3,425 Millionen Euro) lediglich 2,252 Millionen Euro zur Auszahlung. Zu Verzögerungen kam es bei den Maßnahmen Sporthalle Brombach, städtische Kita Haagen, Rosenfelssporthalle, Umbau Bonifatiusareal, Hans-Thoma-Gymnasium, Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule, Familienzentrum sowie bei der Anschlussunterbringung Neumatt-Brunnwasser. In den Bereichen Tiefbau und Sonstige Baumaßnahmen kamen bei Planansätzen von 3,13 Millionen Euro (zuzüglich Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von 3,167 Millionen Euro) insgesamt 1,086 Millionen Euro zur Auszahlung. Größere Beträge stehen unter anderem noch bei den Maßnahmen Verkehrserschließung Belist sowie Hochwasserschutz Hauingen

bereit. Die laufenden oder noch nicht abgerechneten Baumaßnahmen benötigen keine Genehmigung durch den Gemeinderat, da die Mittel kraft Gesetz weiter zur Verfügung stehen.



Holzmodule für die Anschlussunterbringung Neumatt-Brunnwasser; Ausbaupläne für die Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule (r.)

Die Restmittel aus dem Grunderwerb wurden trotz Mindereinzahlungen bei den Grundstücksverkäufen im Rahmen eines Gemeinderatsbeschlusses (Vorlage 067/2018) übertragen, da diese für den weiteren Erwerb sowie für Nachzahlungen im zukünftigen Wohngebiet Bühl III benötigt werden.

Seit der Neufassung der Gemeindehaushaltsverordnung zum 29. April 2016 besteht analog der Regeln aus der früheren Kameralistik auch wieder die Möglichkeit, Ermächtigungsübertragungen für Einnahmen zu bilden. Nach § 21 GemHVO bleiben die Ansätze für zweckgebundene investive Einzahlungen, deren Eingang sicher ist, bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Die Stadt Lörrach hat dadurch vor allem in Zeiten von Verwarentgelten (Negativzinsen) den Vorteil, dass der Saldo der Ermächtigungsübertragungen und die darin gebundene, stets vorzuhaltende, Liquidität insgesamt geringer ausfallen. Zudem lassen sich einzelne Investitionsvorhaben in der Mehrjahressicht übersichtlicher darstellen. Es entstehen tendenziell weniger Mehrfachplanungen für dieselbe Einnahme; Planabweichungen sind zudem einfacher nachvollziehbar.

Die Voraussetzung, dass es sich um geplante Einzahlungen handeln muss, deren Eingang sichergestellt ist, liegt bei den im Haushaltsplan 2017 veranschlagten 4,8 Millionen Euro für den zwischenzeitlich bereits feststehenden Verkauf des Areals „Weberei Conrad“ vor. Im Haushaltsplan 2018 wurde ausschließlich der über den Ansatz von 2017 hinausgehende Betrag veranschlagt.

Für das Zollquartier wurden entsprechend dem Zuschussbescheid im Laufe des Jahres 2017 außerplanmäßig 900.000 Euro Ausgaben, verbunden mit Einnahmen in Höhe von 600.000 Euro beschlossen (Vorlage 083a/2017). Zuschussmittel in Höhe von 40.000 Euro für eine Fahrplanstudie gingen 2017 bereits ein. Unter der Berücksichtigung, dass die Förderung durch den Bund zwar nur insoweit zu erwarten ist, wie auch entsprechende Ausgaben getätigt werden, kann anhand der im Zuschussbescheid garantierten 2/3-Förderung dennoch von einer gesicherten Einnahmesituation ausgegangen werden. Es wäre nicht sachgerecht, ausschließlich die Ausgaben zu übertragen. Selbst ein saldierter Übertrag ausgabenseitig würde der Bruttodarstellung mit getrenntem Einnahmeübertrag in Bezug auf die Übersichtlichkeit nachstehen.

Eine Einzelübersicht über die investiven Maßnahmen und die übertragenen Restmittel kann der Anlage 6 des Anhangs der Bilanz in diesem Dokument entnommen werden.

2.2.6. Übersicht Teilergebnisrechnungen (Zuschussbedarfe)

Teilergebnisrechnungen	Zuschuss- bedarf <i>PLAN</i>	ordntl. Erträge <i>Ergebnis</i>	ordntl. Aufw. <i>Ergebnis</i>	Kalkulat. Ergebnis	Zuschuss- bedarf <i>Ergebnis</i>	Abweichung
TH1000 Dezernatsleitung Oberbürgermeister	846.923,06	-7.044,05	1.186.972,81	-347.129,43	832.799,33	14.123,73
TH1080 Personalrat	0,00	-35.900,80	192.237,94	-156.337,14	0,00	0,00
TH1100 Stadtentwicklung und Stadtplanung	1.262.988,84	-55.215,52	1.125.725,96	115.970,38	1.186.480,82	76.508,02
TH1200 Zentrale Dienste und Ratsarbeit	496.105,35	-246.086,78	4.084.205,79	-3.331.452,51	506.666,50	-10.561,15
TH1300 Recht / Stiftungen / Baurecht	448.590,36	-631.496,41	895.389,15	39.341,67	303.234,41	145.355,95
TH1400 EDV	0,22	-2.637,39	657.714,69	-655.283,03	-205,73	205,95
TH1500 Finanzen	-58.982.442,02	-109.117.182,35	44.507.198,13	-6.113.713,19	-70.723.697,41	11.741.255,39
TH1600 Kultur und Tourismus	7.905.267,48	-1.906.720,57	6.858.774,84	2.846.045,06	7.798.099,33	107.168,15
TH1800 Rechnungsprüfung	0,00	-14,94	329.222,35	-329.207,41	0,00	0,00
TH1900 Medien und Kommunikation	796.648,00	-150.679,52	771.276,37	174.740,54	795.337,39	1.310,61
TH2000 Dezernatsleitung Bürgermeister	0,00	-1.570,98	237.642,36	-236.071,38	0,00	0,00
TH2100 Bürgerdienste	3.869.682,81	-2.169.015,59	4.706.765,45	1.087.644,64	3.625.394,50	244.288,31
TH2200 Grundstücks- und Gebäudemanagem.	5.776.637,06	-2.227.625,83	16.523.127,65	-10.004.842,30	4.290.659,52	1.485.977,54
TH2300 Jugend / Schulen / Sport	23.160.626,13	-10.918.506,23	20.330.076,06	13.404.800,10	22.816.369,93	344.256,20
TH2400 Straßen/Verkehr/ Sicherheit	11.203.812,15	-4.769.683,49	12.136.034,62	2.943.985,67	10.310.336,80	893.475,35
TH2500 Vermessung	950.375,44	-714.118,49	1.170.522,06	359.624,51	816.028,08	134.347,36
TH2800 Umwelt und Klimaschutz	812.085,12	-117.672,94	457.764,34	201.883,82	541.975,22	270.109,90
Summe	-1.452.700,00	-133.071.171,88	116.170.650,57	0,00	-16.900.521,31	-15.447.821,31

Betrachtet man die einzelnen Teilergebnishaushalte jeweils als Ganzes – sie beinhalten im Gegensatz zu den Verwaltungsbudgets auch die Personalaufwendungen, Abschreibungen und die internen Leistungsverrechnungen – so fallen, von den steuerbedingten Mehrerträgen beim FB Finanzen abgesehen, vor allem die Verbesserungen bei den Baufachbereichen Grundstücks- und Gebäudemanagement sowie Straßen / Verkehr / Sicherheit auf.

Beim Gebäudemanagement sind auf der Ertragsseite beispielhaft die höheren Mietnebenkostenabrechnungen (ca. +120.000 Euro) und die aktivierten Eigenleistungen (rund 87.000 Euro) sowie auf der Aufwandsseite die geringere Bauunterhaltung (rund 500.000 Euro) zu nennen. Hinzu kommen Abweichungen in der Kostenrechnung: Da das Budget für Bauunterhaltungseinzelmaßnahmen mangels feststehender Maßnahmen im Plan nicht auf die Nutzerfachbereiche verrechnet werden kann, unterscheiden sich die tatsächlichen IST-Verrechnungen von der Planung enorm, da nun feststeht, in welchen Bereichen welche Projekte durchgeführt worden sind. Geplant waren Einzelmaßnahmen in Höhe von 1.437.500 Euro beim FB 2200. Ausgeführt und unmittelbar den Nutzerfachbereichen weiterbelastet wurden Maßnahmen in Höhe von rund 880.000 Euro.

Beim Fachbereich Straßen / Verkehr / Sicherheit wurden einnahmeseitig Steuererstattungen für Parkplätze in Höhe von rund 422.000 Euro verbucht. Die Höhe der veranschlagten Bußgelder liegt dagegen rund 145.000 Euro unter den Planansätzen. Auf der Aufwandsseite sind für Straßenunterhaltung rund 260.000 Euro weniger ausgegeben worden als veranschlagt.

2.2.7. Übersicht Teilfinanzrechnungen

Die Teilfinanzrechnungen enthalten die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie aus Investitionstätigkeit in den einzelnen Teilhaushalten. Nicht enthalten sind Kredite und Tilgungen (Finanzierungstätigkeit) sowie haushaltsunwirksame Vorgänge (ShV). Diese sind ausschließlich in der Gesamtfinanzrechnung dargestellt.

Teilfinanzrechnungen	Zahlungsmittel- überschus/- bedarf laufende Verwaltungst. <i>PLAN</i>	Zahlungsmittel- überschus/- bedarf Investitions- tätigkeit <i>PLAN</i>	Finanzierungs- mittelüber- schuss/-bedarf <i>PLAN</i>	Zahlungsmittel- überschus/- bedarf laufende Verwaltungst. <i>Ergebnis</i>	Zahlungsmittel- überschus/- bedarf Investitions- tätigkeit <i>Ergebnis</i>	Finanzierungs- mittelüber- schuss/-bedarf <i>Ergebnis</i>	Ab- weichung
TH1000 Dezernatsleitung Oberbürgermeister	-1.208.040,96	0,00	-1.208.040,96	-1.168.357,81	-1.119,95	-1.169.477,76	-38.563,20
TH1080 Personalrat	-151.627,48	0,00	-151.627,48	-147.216,78	-859,95	-148.076,73	-3.550,75
TH1100 Stadtentwicklung und Stadtplanung	-1.168.483,40	0,00	-1.168.483,40	-1.092.913,02	-224.904,91	-1.317.817,93	149.334,53
TH1200 Zentrale Dienste und Ratsarbeit	-4.055.200,96	-7.500,00	-4.062.700,96	-3.775.718,22	-12.546,55	-3.788.264,77	-274.436,19
TH1300 Recht/Stiftungen/Baur.	-377.607,80	0,00	-377.607,80	-202.192,06	-1.516,39	-203.708,45	-173.899,35
TH1400 EDV	-578.801,06	-50.000,00	-628.801,06	-574.205,37	-67.367,98	-641.573,35	12.772,29
TH1500 Finanzen	52.466.153,15	-23.900,00	52.442.253,15	64.187.923,00	-23.880,17	64.164.042,83	-11.721.789,68
TH1600 Kultur und Tourismus	-4.959.700,63	-5.000,00	-4.964.700,63	-4.921.672,14	-75.949,19	-4.997.621,33	32.920,70
TH1800 Rechnungsprüfung	-297.848,06	0,00	-297.848,06	-291.857,57	0,00	-291.857,57	-5.990,49
TH1900 Medien und Kommunikation	-603.702,02	0,00	-603.702,02	-610.970,99	-859,95	-611.830,94	8.128,92
TH2000 Dezernatsleitung Bürgermeister	-228.336,41	0,00	-228.336,41	-235.585,59	0,00	-235.585,59	7.249,18
TH2100 Bürgerdienste	-3.155.443,76	10.000,00	-3.145.443,76	-2.458.648,54	-21.428,13	-2.480.076,67	-665.367,09
TH2200 Grundstücks- und Gebäudemanagem.	-11.398.351,16	-2.247.100,00	-13.645.451,16	-10.761.140,76	-3.357.749,79	-14.118.890,55	473.439,39
TH2300 Jugend / Schulen / Sport	-9.859.591,45	-555.200,00	-10.414.791,45	-8.909.860,56	-446.896,50	-9.356.757,06	-1.058.034,39
TH2400 Straßen/Verkehr/ Sicherheit	-6.829.877,67	-2.768.200,00	-9.598.077,67	-6.583.665,47	-1.057.818,38	-7.641.483,85	-1.956.593,82
TH2500 Vermessung	-462.292,10	-85.000,00	-547.292,10	-430.620,56	-32.272,03	-462.892,59	-84.399,51
TH2800 Umwelt und Klimaschutz	-651.648,23	0,00	-651.648,23	-322.196,18	-115.640,84	-437.837,02	-213.811,21
Summe	6.479.600,00	-5.731.900,00	747.700,00	21.701.101,38	-5.440.810,71	16.260.290,67	15.512.590,67

2.3 Erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen

2.3.1. ordentliche Erträge

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
30	Steuern und ähnliche Abgaben			
3011	Grundsteuer A	20.000	22.570	+2.570
3012	Grundsteuer B	8.830.000	8.896.918	+66.918
3013	Gewerbesteuer	21.000.000	28.113.113	+7.113.113
3021	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	29.645.000	32.104.243	+2.459.243
3022	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.465.000	3.467.367	+2.367
3031	Vergnügungssteuer	3.210.000	3.469.464	+259.464
3032	Hundesteuer	150.000	157.174	+7.174
304	Steuerähnliche Einnahmen	0	0	0
3051	Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich	2.384.000	2.388.296	+4.296
	Summe	68.704.000	78.619.145	+9.915.145

Bei der Gewerbesteuer wurden Mehrerträge in Höhe von 7,113 Millionen Euro erzielt. Hiervon fallen 4,72 Millionen Euro auf überdurchschnittlich hohe Nachzahlungen für frühere Jahre ab einer Größenordnung von 200.000 Euro (z.B. aufgrund von Steuerprüfungen durch das Finanzamt). Solche Nachzahlungen sind im Vorfeld kaum planbar. Die weiteren Mehrerträge sind zum einen darauf zurückzuführen, dass diverse Vorauszahlungen von Firmen im laufenden Jahr 2017 aufgrund der guten Konjunktur nach oben angepasst worden sind. Zum anderen sind im Betrag auch diverse kleinere Nachzahlungen enthalten. Aufgrund der Einführung eines EDV-Moduls wird es der Steuerabteilung ab 2018 auch möglich sein, genauere statistische Abfragen durchzuführen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+2,459 Millionen Euro) enthält Nachzahlungen aus 2016 in Höhe von rund 1,01 Millionen Euro. Bereits in der Maisteuerschätzung wurde die Prognose des Gesamtaufkommens für die Gemeinden in Baden-Württemberg für 2017 von 5,9 auf 6,2 Milliarden Euro nach oben korrigiert, was für die Stadt Lörrach mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 1,507 Millionen Euro verbunden war. In der Novembersteuerschätzung wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erneut höher prognostiziert, sodass landesweit 6,314 Milliarden Euro erreicht wurden. Grund ist der weitere konjunkturelle Aufschwung und die anhaltend gute Situation auf dem Arbeitsmarkt mit einem hohen Beschäftigungsgrad. Da das vierte Quartal erst im jeweiligen Folgejahr endabgerechnet wird, ist im Jahr 2018 mit einer Nachzahlung in Höhe von 632.300 Euro zu rechnen.

Wie schon im Vorjahr sind Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer zu verzeichnen. Diese lassen sich mehrheitlich auf den wachsenden Umsatz an den Spielautomaten sowie auf die erhöhte Anzahl an Aufstellern zurückführen.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
31	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
311	Schlüsselzuweisungen	22.538.000	24.216.129	+1.678.129
313	Sonstige allgemeine Zuweisungen	431.000	434.037	+3.037
	Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke			
3140	vom Bund	16.000	19.672	+3.672
	vom Land			
314101	- Sachkostenbeiträge Schulen	2.996.000	3.117.587	+121.587
314103	- Schulkindbetreuung	246.900	240.240	-6.660
314107	- Integrationslastenausgleich	280.000	339.707	+59.707
314108	- Kindergartenlastenausgleich	2.713.000	2.717.782	+4.782
314109	- Kleinkindbetreuung	3.362.000	3.535.231	+173.231
314100	- Sonstige Zuweisungen vom Land	362.900	449.909	+87.009
3142	von Gemeinden/Gemeindeverbände	97.000	158.135	+61.135
3143	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0	0
3145	von verbundenen Unternehmen	0	0	0
3146	von sonst. öffentl. Soderr.	0	0	0
3147	von privaten Unternehmen	12.500	0	-12.500
3148	von übrigen Bereichen	60.200	127.051	+66.851
	Summe	33.115.500	35.355.479	+2.239.979

Die Mehreinnahmen bei den FAG-Schlüsselzuweisungen beinhalten Nachzahlungen des Vorjahres für die Zuweisungen nach mangelnder Steuerkraft in Höhe von rund 239.000 Euro (Grundkopfbetrag 2016 rückwirkend um 5 Euro auf 1.219/Ew erhöht) sowie für die Investitionspauschale in Höhe von rd. 66.000 Euro.

Der Grundkopfbetrag 2017 wurde mit der Maisteuerschätzung von 1.242 auf 1.248 Euro/Einwohner (+ rund 261.000 Euro) und nach der Novembersteuerschätzung auf 1.260 Euro/Einwohner (+ rund 519.000 Euro) angehoben. Die Anpassungen waren auf landesweite Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern zurückzuführen, welche zu 23% in den kommunalen Finanzausgleich fließen. Weitere Veränderungen ergaben sich durch eine höhere Investitionspauschale (+ rund 178.000 Euro), eine gestiegene Einwohnerzahl (+ rund 444.000 Euro) sowie durch eine am Ende etwas niedrigere Ausschüttungsquote von 69,84 statt 70% (minus rund 29.000 Euro).

Bei den Sachkostenbeiträgen für die weiterführenden Schulen wurden Mehrerträge in Höhe von rund 122.000 Euro erzielt. Während die maßgeblichen Schülerzahlen in Lörrach um 43 Personen zurückgingen (-64.000 Euro), stiegen die im März veröffentlichten Beträge pro Schüler und Schultyp im Realschul- (+47 Euro/Schüler), und Gymnasialbereich (+57 Euro/Schüler) sowie bei den Förderschulen (+304 Euro/Schüler) deutlich (insgesamt +186.000 Euro). Die Beträge für Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen sind derzeit eingefroren, da sich diese zuletzt überproportional zu den anderen Schultypen erhöht hatten (Kleinere Klassen, Ausstattung

Gemeinschaftsschulen usw.). Berechnungsgrundlage für die Sachkostenbeiträge sind die Ausgaben aller Baden-Württembergischen Schulen im zweitvorangegangenen Jahr.

Erstmalig wurde im Jahr 2017 der neu geschaffene Integrationslastenausgleich veranschlagt. Die vom Land an die Gemeinden weitergereichten Bundesmittel aus dem „Pakt für Integration“ in Höhe von jährlich 90 Millionen Euro werden für die Integration von Geflüchteten gewährt, die vom 01.01.2015 bis 29.02.2016 nach Baden-Württemberg gekommen sind und sich zum Stichtag 15.09. des laufenden Jahres in der Anschlussunterbringung durch die Stadt befinden. Geplant wurde mit 250 Geflüchteten und einem Kopfbetrag von 1.125 Euro. Abgerechnet wurden 275 Geflüchtete bei einem Kopfbetrag von 1.235,29 Euro.

Die Zuweisungen für die Kleinkindbetreuung sind im Vorfeld schwer zu planen, da vor Beginn eines Haushaltsjahres die landesweiten Betriebsausgaben des zweitvorangegangenen Jahres und in vielen Fällen auch die Gesamtzahl der im Land betreuten Kinder zum 1.3. des Vorjahres noch nicht vorliegen. Geplant wurde mit landesweiten Betriebsausgaben von 784 Millionen Euro, hochgerechnet auf Grundlage der für die Kleinkindbetreuung 2016 veröffentlichten 724 Millionen Euro (auf Basis des abgeschlossenen Statistikjahres 2014). Tatsächlich liegen die Betriebsausgaben laut der seit März 2017 vorliegenden Finanzstatistik 2015 bei landesweiten 824 Millionen Euro. Für die Stadt Lörrach führte dies zu Mehreinnahmen in Höhe von rund 158.000 Euro. Die leicht höhere Anzahl der in der Stadt betreuten Kinder hatte weitere Verbesserungen über rund 15.000 Euro zur Folge.

Mehreinnahmen bei den sonstigen Zuweisungen vom Land sind durch nicht veranschlagte Zuschüsse für das Projekt „Gebäudesanierungsoffensive“ (rd. 21.700 Euro, Ansatz im Vorjahr), eine neue Heizungsanlage in der Grundschule Tumringen (rd. 13.100 Euro) sowie für die Radwegausstattung „Pendlerroute Ost-Mitte-West“ (10.500 Euro) erzielt worden. Zudem wurden höhere Fördermittel für den laufenden Betrieb von Volkshochschule (rd. 8.600 Euro) und Musikschule (rd. 10.500 Euro) gewährt.

Die Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden liegen aufgrund höherer Zahlungen anderer Kommunen im Rahmen des interkommunalen Kostenausgleichs für die Betreuung auswärtiger Kinder über dem Planansatz. Beeinflusst wurde das Ergebnis durch die Möglichkeit monatsgenauer Abfragen im Programm „Little bird“.

Vorgesehene Erträge in Höhe von 12.500 Euro von einem privaten Unternehmen für verschiedene Projekte, z.B. Stromverbrauchsanalyse, werden aufgrund von Zeitverzögerungen erst 2018 eingehen.

Den höheren Zuweisungen von übrigen Bereichen liegt ein AOK-Zuschuss als Anschubfinanzierung für das Projekt AGiL (Aktive Grundschulen in Lörrach, 14.000 Euro) sowie eine Förderung durch den NABU für „Natur nah dran“ (13.400 Euro) zugrunde. Fördermittel der EU für „Europe for Citizens“ in Höhe von 6.000 Euro wurden dagegen erst 2018 ausbezahlt. Darüber hinaus konnten diverse Spendeneingänge verbucht werden.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
316	Auflösung von Sonderposten			
3161	aus Zuwendungen	623.100	551.220	-71.880
3162	aus Beiträgen	420.300	417.139	-3.161
	Summe	1.043.400	968.359	-75.041

Für Teile des Sanierungsgebiets Baumgartnerstraße sowie des Boulevards Belchenstraße kam es noch nicht wie geplant zur Aktivierung der Baumaßnahmen (daher weiter als Anlagen im Bau geführt). Dementsprechend waren für die Zuschüsse auch noch keine passiven Sonderposten zu bilden, welche bei der Auflösung nach Nutzungsjahren zu Erträgen führen.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
33	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
331	Verwaltungsgebühren	1.550.700	1.723.645	+172.945
332	Benutzungsgebühren und Entgelte	4.284.900	4.463.304	+178.404
336	zweckgebundene Abgaben	76.000	68.235	-7.765
	Summe	5.911.600	6.255.184	+343.584

Die Baugebühren liegen rund 71.500 Euro über der Planung. Auch die Verwaltungsgebühren aus dem Bereich Vermessung fallen aufgrund der guten Auftragslage rund 41.000 Euro höher aus als veranschlagt. Im Bereich Einwohnerwesen liegen die Einnahmen um insgesamt 39.300 Euro über den Ansätzen. Gründe dafür sind einerseits die Änderung des Landesglücksspielgesetzes, wodurch neue Spielhallenerlaubnisse ausgestellt werden mussten (ca. +10.000 Euro). Andererseits aber auch Gebührenerhöhungen und angestiegenen Fallzahlen bei der Ausstellung von Reisepässen, von Fischereischeinen sowie von kleinen Waffenscheinen.

Höhere Entgelte bei der Vermessung (rund 76.900 Euro) sind vor allem auf die Baulandumlegung Belist zurückzuführen, welche bereits 2016 veranschlagt war. Mehreinnahmen bei der Musikschule (rund 57.300 Euro) und bei der Feuerwehr stehen ebenso höhere Aufwendungen für Honorarkräfte bzw. Einsatzkosten (rund 47.000 Euro) gegenüber.

Höhere Straßenbenutzungsgebühren von rund 83.600 Euro sind aufgrund der guten Auftragslage im Bauwesen für Baustelleneinrichtungen entstanden. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung liegen circa 49.300 Euro über der Planung.

Im Bereich Bürgerdienste wurden höhere Erträge für die Beurkundung von Geburten (ca. 9.000 Euro) sowie bei den Aufenthaltsgenehmigungen für Personen aus Drittstaaten (ca. 11.500 Euro) erzielt. Auch die größere Anzahl von Pässen für Auslandsdeutsche erhöht hier die Erträge. Eine hohe Nachfrage beim Stadtarchiv führte ebenfalls zu Mehreinnahmen von 7.000 Euro.

Bei den Nutzungsentschädigungen im Zusammenhang mit der Anschlussunterbringung wurde der Planansatz dagegen um rund 126.300 Euro verfehlt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Unterbringung von Geflüchteten in städtischen Wohnungen liegen jedoch auch die Aufwendungen deutlich unter der Planung.

Da beim Ansatz für die Benutzungsentgelte der Stadtbibliothek von einer Erhöhung ab Januar 2017 ausgegangen wurde, diese jedoch erst ab Mai 2017 in Kraft trat, sind Mindereinnahmen von rund 26.000 Euro zu verzeichnen.

Mindererträgen bei der Kurtaxe (rund 25.800 Euro, zweckgebundene Abgaben) stehen auch Minderaufwendungen bei den Erstattungskosten an übrige Bereiche entgegen.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
341-346	privatrechtliche Leistungsentgelte			
341	Mieten und Pachten	1.363.800	1.436.655	+72.855
342	Einnahmen aus Verkauf	449.300	468.722	+19.422
346	Sonst. privatrechtliche Leistungsentgelte	203.300	320.342	+117.042
	Summe	2.016.400	2.225.720	+209.320

Der Wegfall der Vermietung eines Teils des ehemaligen TOOM-Baumarkts als Reifenlager für einen Autohändler führt zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 83.200 Euro. Dagegen hat die Untervermietung von Büroräumen in der Flüchtlingsunterkunft Gretherstraße /Feldbergstraße an das Landratsamt Mehreinnahmen in Höhe von rund 32.700 Euro eingebracht. Darüber hinaus ergeben sich höhere Erträge aus den Nebenkostenabrechnungen mit der Städtischen Wohnbaugesellschaft (rund 120.000 Euro).

Die geplanten Verkaufserlöse bei der Holzproduktion konnten nicht vollständig realisiert werden (minus rund 14.600 Euro). Dafür erfolgten höhere Einnahmen bei der Touristinformation, im Museumshop, in der Fundsachenversteigerung sowie durch die Veräußerung eines alten, nicht bilanzierten Feuerwehrfahrzeugs.

Bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten stehen Mindereinnahmen bei der Anschlussunterbringung und Obdachlosenbetreuung (Ersatz für Räumungen, Renovierungen usw.) in Höhe von rund 35.000 Euro verschiedenen Mehreinnahmen aus den Bereichen Energiemanagement (Einspeisung PV-Anlagen circa 15.000 Euro), Gebäudebewirtschaftung (Rückzahlungen für Altjahre Strom im Café Rosengarten), Museum (Externe Beteiligung Sonderausstellung Fahrrad), Musikschule (Kooperation mit externen Partnern) und Stadtbibliothek (Medienersatz) gegenüber.

Hinzu kommen diverse Versicherungsleistungen, welchen wiederum entsprechende Ausgaben entgegenstehen.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
348	Kostenerstattungen und Kostenumlagen			
	Erstattungen			
3480	vom Bund	34.200	41.706	+7.506
3481	vom Land	25.400	12.645	-12.755
3482	von Gemeinden/Gemeindeverbände	60.100	76.753	+16.653
3483	von Zweckverbänden u. dgl.	59.000	57.114	-1.886
3484	von der gesetzl. Sozialversicherung	0	11.361	+11.361
3485	von verbundenen Unternehmen	740.800	657.975	-82.825
3486	von sonst. öffentl. Soderr.	500	6.458	+5.958
3487	von privaten Unternehmen	73.900	127.097	+53.197
3488	von übrigen Bereichen	167.100	376.257	+209.157
	Summe	1.161.000	1.367.364	+206.364

Neue Unterhaltungsvereinbarungen zu den Grünflächen an der B317 des Fachbereichs Straßen / Verkehr / Sicherheit haben höhere Erstattungen vom Bund über rund 10.000 Euro zur Folge.

Die Personalkostenerstattung vom Land für die Integrationsbeauftragte in Höhe von 16.000 Euro ging 2017 noch nicht wie geplant ein.

Nicht veranschlagt war die Pauschale zur Erstattung der bei der Anschlussunterbringung entstandenen Verwaltungsaufgaben über rund 18.600 Euro durch den Landkreis. (Erstattungen von Gemeindeverbänden)

Die erwarteten Rückzahlungen für die Straßenentwässerung durch den Eigenbetrieb Abwasser in Höhe von 64.000 Euro an den Kernhaushalt fielen nicht an. Stattdessen war eine Nachzahlung zu entrichten. Darüber hinaus wurden den verbundenen Unternehmen insgesamt 24.300 Euro weniger an Verwaltungskostenbeiträgen verrechnet, als ursprünglich geplant war.

Für den Bebauungsplan Postareal wurden der Stadt durch den Investor rund 42.000 Euro erstattet. Für Brandverhütungsschauen wurden von privaten Unternehmen rund 9.600 Euro vereinnahmt.

Bei den Schlussabrechnungen der Betriebskostenzuschüsse 2016 an Kindertagesstätten externer Träger waren von einigen Einrichtungen Rückzahlungen an die Stadt zu leisten. Diese betragen insgesamt rund 150.000 Euro. Die Einnahmen bei den Essensgeldern der Eltern in städtischen Kindertageseinrichtungen liegen rund 35.000 Euro über den Planansätzen.

Höheren Erstattungen (ca. 21.300 Euro) für Bestattungskosten stehen höhere Aufwendungen in diesem Bereich gegenüber. Naturgemäß sind diese Ansätze schwierig zu planen. Eine Besoldungserstattung führt zu höheren Erträgen von 11.000 Euro.

Beim Museum führen die nur zu einem geringen Teil angemeldeten Erträge aus dem Verkauf des Oberrheinischen Museumspasses zu höheren Einnahmen von rund 42.000 Euro. (Erstattungen von übrigen Bereichen)

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
35	Sonstige ordentliche Erträge			
351	Konzessionsabgaben	2.134.300	2.265.156	+130.856
352	Erstattung von Steuern	0	439.984	+439.984
3561	Bußgelder	2.258.900	2.114.248	-144.652
3562	Säumniszuschläge u.dgl.	327.500	1.113.498	+785.998
3563-3569	Sonstige besondere Erträge (zahlungswirks.)	50.000	48.599	-1.401
357-3581,3	Sonst. Aufl. Sonderpost./ Wertberichtigung von Forderungsabschreibungen	0	694.606	+694.606
3582	Erträge aus der Auflösung v. Rückstellungen	0	614	+614
35910	Sonst. ordentl. Erträge (z.B. Baulandumlegung)	1.000	284.240	+283.240
	Summe	4.771.700	6.960.946	+2.189.246

Höhere Erträge von 157.700 Euro bei der Konzessionsabgabe Gas werden voraussichtlich 2018 wieder zur Rückzahlung anstehen, da die Planansätze 2017 auf einem außerordentlich hohen Vorjahressoll basierten. Bei der Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung sind dagegen Mindererträge von rund 25.000 Euro zu verzeichnen.

Steuerabrechnungen von 2009-2016 für die Parkplätze Bergstraße, Kreiskrankenhaus u.a. führten zu Erstattungen durch das Finanzamt in Höhe von rund 422.500 Euro.

Da sich die Installation einer Geschwindigkeitsmessaanlage in Brombach verzögerte, konnte der Ansatz für Buß- und Verwarngelder nicht wie kalkuliert erreicht werden.

Die überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuernachzahlungen, die sich zum Teil auf recht weit zurückliegende Jahre beziehen, spiegeln sich auch in höheren Nachzahlungszinsen wieder. In diesem Bereich wurden rund 789.000 Euro höhere Erträge erzielt. Die Höhe der Nachzahlungszinsen nach § 238 AO mit derzeit 6% wurde allerdings zuletzt durch ein Gericht in Frage gestellt.

Bei der Auflösung von Wertberichtigungen handelt es sich um Forderungen, die bereits in früheren Jahren abgeschrieben worden waren (Aufwand für Forderungsabschreibungen), auf die nun aber doch Zahlungen (Finanzrechnung) eingegangen sind bzw. erwartet werden. Die Buchungen auf dem Konto „Auflösung von Wertberichtigungen“ in der Ergebnisrechnung sind selbst nicht zahlungswirksam, da es sich rein um die Rücknahme der ebenfalls nicht zahlungswirksamen Forderungsabschreibungen auf der Aufwandseite (meist aus früheren Jahren) handelt. Die ursprünglich veranlagten Erträge sind in den betreffenden Haushaltsjahren auf den entsprechenden Sachkonten, wie beispielsweise „Gewerbesteuer“, verbucht.

Erträge in Höhe von rund 283.000 Euro sind im Umlegungsverfahren Belist eingenommen worden, welches bereits für 2016 vorgesehen war. Die ebenfalls bereits mehrfach veranschlagte Umlegung „Am Soormattbach“ verzögerte sich aufgrund eines Rechtsstreits.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
36	Finanzerträge			
361	Zinserträge	133.000	129.740	-3.260
365	Gewinnanteile a. verb. Untern. u. Beteilig.	15.300	236.233	+220.933
369	Sonstige Finanzerträge	1.200	1.311	+111
36991	Wertberichtigung Fremdwährungsdarlehen	0	851.325	+851.325
	Summe	149.500	1.218.609	+1.069.109

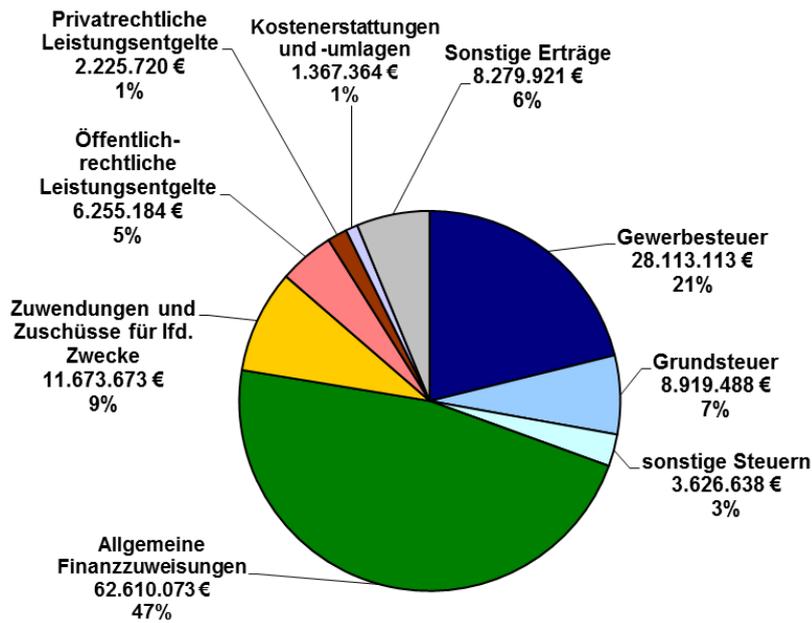
Die Abführung des Gewinns 2016 des Eigenbetriebes Werkhof an den Kernhaushalt hat Mehreinnahmen von rund 193.000 Euro zur Folge. Die Dividende 2016 der Regio Data Gesellschaft liegt 20.000 Euro über dem Planansatz.

Nicht zahlungswirksame Erträge aus der Wertberichtigung von Schweizer Franken Darlehen führten aufgrund des besseren Wechselkurses 2017 zu nicht-zahlungswirksamen Erträgen von rund 851.300 Euro.

	ordentliche Erträge	Plan	Ergebnis	Abweichung
37	Aktiviert Eigenleistungen / Bestandsver.			
371	Aktiviert Eigenleistungen	0	100.367	+100.367
372	Bestandsveränderungen	0	0	0
	Summe	0	100.367	+100.367

Für die folgenden Investitionsmaßnahmen wurden personelle Eigenleistungen durch den Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement erbracht: Sporthalle Brombach (rd. 29.000 Euro), Schlossberghalle (rd. 25.000 Euro), Kita Hagen (19.800 Euro), Anschlussunterbringung Neumatt-Brunnwasser (rd. 13.000 Euro), Rosenfelssporthalle (9.900 Euro) und Spielplatz Hammerstraße (rd. 3.000 Euro). Eine Planung der aktivierten Eigenleistungen erfolgt nach Vereinbarung mit den betroffenen Fachbereichen nicht.

	Summe ordentliche Erträge	116.873.100	133.071.172	+16.198.072
--	----------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------



2.3.2. außerordentliche Erträge

außerordentliche Erträge		Plan	Ergebnis	Abweichung
5012, 50191	Realisierte außerordentl. Erträge zahlungsw.	0	0	0
5013, 50190, 503	Realisierte außerordentl. Erträge <u>nicht</u> z.wirks.	0	327.424	+327.424
531	Erträge a. Veräußerung Vermögensgegenst.	0	10.521.167	+10.521.167
50, 531	Außerordentliche Erträge	0	10.848.591	+10.848.591

Die realisierten nicht-zahlungswirksamen außerordentlichen Erträge beinhalten den Gewinn der Stadtwerke (196.900,25 Euro) sowie die Auflösung eines passiven Sonderpostens (zum Restbuchwert), da die Anliegerbeteiligung für den Umbau der Grabenstraße im Zuge der Gleichbehandlung zurückerstattet worden ist (120.650,98 Euro). Weitere außerordentliche Erträge sind im Zusammenhang mit Aktivanlagen für gespendete Investitionsgegenstände entstanden (u.a. Trinkbrunnen Hebelpark).

Der Großteil der ebenfalls nicht-zahlungswirksamen Erträge der Kontenart 531 stammt technisch bedingt mit rund 10,34 Millionen Euro aus der Baulandumlegung Belist. Den Beträgen stehen außerordentliche Aufwendungen in ähnlicher Höhe gegenüber. Da im Zuge der Umlegung komplett neue Grundstücke entstanden sind, hat deren Bilanzierung außerordentliche Erträge als Gegenkonto, da diese in der Bilanz zuvor nicht existiert haben (10.309.123,95 Euro). Hinzu kommen Straßengrundstücke (21.548,70 Euro).

Die eigentlichen Veräußerungsgewinne aus Grundstücksverkäufen liegen bei 130.343,78 Euro.

Durch den Verkauf der Tiefgarage Rosenfelssporthalle an die Stadtwerke ist ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 59.650,25 Euro entstanden. Dieser ergibt sich durch die Tatsache, dass bei der Buchung des Teilabgangs von der Gebäudeanlage Rosenfelssporthalle systemseitig sämtliche bereits in früheren Jahren gebuchten Abschreibungen wieder zurückgenommen worden sind.

2.3.3. ordentliche Aufwendungen

	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
40	Personalaufwendungen			
401	Dienstaufwendungen	18.145.100	17.700.565	-444.535
40191-40192	Honorarkräfte und Leiharbeitskräfte (ab 2017, zuvor unter 4422)	729.100	807.436	+78.336
402	Beiträge zu Versorgungskassen	3.098.100	2.950.007	-148.093
403	Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung	3.154.200	3.274.306	+120.106
404	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	162.000	108.533	-53.467
405-407	Personalarückstellungen	-34.300	84.504	+118.804
	Summe	25.254.200	24.925.351	-328.849
41	Versorgungsaufwendungen			
41	Versorgungsaufwendungen	318.000	359.451	+41.451
	Summe	318.000	359.451	+41.451

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen liegen knapp 300.000 Euro unter den Planansätzen. Einsparungen ergeben sich aufgrund unbesetzter Stellen (rund 718.000 Euro) sowie aufgrund von Langzeiterkrankungen (rund 141.000 Euro). Mehraufwendungen sind durch Höhergruppierungen (rund 62.000 Euro), bei der Beihilfe- und Versorgungumlage (rund 89.000 Euro) sowie für zusätzliches Personal (rund 295.000 Euro) entstanden.

Ein Ansatz für Leiharbeitskräfte wurde nicht festgesetzt. Personalengpässe u.a. in den Fachbereichen Bürgerdienste, Zentrale Dienste und Ratsarbeit sowie Stadtentwicklung und Stadtplanung führten zu entsprechenden Aufwendungen in Höhe von 85.500 Euro.

Neue Altersteilzeitverträge haben zur Folge, dass die Neubildung von Rückstellung die Auflösung für Personen in der Freistellungsphase betragsmäßig übersteigt (rund 54.600 Euro). Hinzu kommen sogenannte Rückstellungen für Wertguthaben bei der Feuerwehr in Höhe von rund 29.900 Euro.

	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
42	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen			
42	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufw.			
4211	Bauunterhaltung 2200 (inkl Werkhof)	3.956.600	3.458.390	-498.210
42120-42122	Bauunterhaltung 2400 (inkl. Werkhof)	2.445.100	2.185.171	-259.929
42123-42124	Grün-/Baumpflege	2.300.300	2.116.666	-183.634
422	UH des beweglichen Vermögens	806.500	801.305	-5.195
423	Mieten und Pachten	875.400	1.129.083	+253.683
424	Bewirtschaftungskosten	3.220.500	3.171.209	-49.291
425	Haltung von Fahrzeugen	161.500	180.497	+18.997
426	Bes. Aufwendungen f. Beschäftigte	361.500	348.060	-13.440
42710-42714	Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufw.	5.078.500	4.110.917	-967.583
42715	Straßenreinigung und Winterdienst	1.826.900	1.812.458	-14.442

42716-42719	Veranstaltungen, Repräsentationen und PR	493.000	390.843	-102.157
4272	Aufwand für Datenverarbeitung	1.200.500	1.164.211	-36.289
4273	Aufw. für bez. Leistungen und Waren	1.924.800	2.043.830	+119.030
4274-4276	Lehr-/Unterrichts-, Lernmittel, bes. Schulaufw.	784.200	720.791	-63.409
428-429	Sonst. Sach- und Dienstleistungen	562.300	410.765	-151.535
	Summe	25.997.600	24.044.197	-1.953.403

Die Mittel des Grundstocks der Bauunterhaltung des Fachbereichs 2200 (Grundstücks- und Gebäudemanagement) wurden weitgehend wie geplant verbraucht. Bei den Einzelmaßnahmen verzögert sich die Umsetzung von mehreren Projekten wie z.B. Brandschutzverglasung Rathaus, Heizungserneuerung Grundschule Salzert, Sanierung UG Stadtbibliothek, Sanierung Sanitärbereich Sporthalle Theodor-Heuss-Realschule sowie die Sanierung des Konzertpavillons im Rosenfelspark.

Beim Fachbereich 2400 (Straßen/Verkehr/Sicherheit) wurde u.a. die Maßnahme Wallbrunnstraße/Engelplatz (85.000 Euro) nicht wie geplant durchgeführt. Zu einer größeren Mittelübertragung kam es auch bei der Sanierung Dammstraße / Teilstück Basler Straße (rd. 118.800 Euro).

Die zunächst in Höhe und genauer Verwendung unklarer Aufwendungen für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten wurden als Pauschalbetrag auf dem Sachkonto 42710000 veranschlagt. (Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen: 1,25 Mio. Euro) Durch die exakte Zuordnung sind unter Mieten- und Pachten dort nicht geplante Aufwendungen in Höhe von rund 231.800 entstanden. Weitere Mehraufwendungen bei den Mieten und Pachten sind durch die Anmietung des neuen provisorischen Museumsdepots am Berner Weg entstanden (rund 80.600 Euro). Dafür wurden beim ehemaligen Depot rund 32.000 Euro eingespart.

Die Bewirtschaftungskosten liegen weitgehend im Plan. Einsparungen ergaben sich bei Strom (rd. 15.000 Euro), Gas (rd. 9.600 Euro), Wasser/ Abwasser (rd. 60.300 Euro) sowie bei den Holzpellets (rd. 14.900 Euro). Dagegen sind Mehraufwendungen bei der Gebäudeversicherung (rd. 21.000 Euro) und der Gebäudereinigung (rd. 71.000 Euro) zu verzeichnen. Vertretungsleistungen bei der Gebäudereinigung sind naturgemäß schwierig zu planen.

Bei den weiteren Sach- und Dienstleistungen (Kontenarten 427 bis 429) gibt es im Wesentlichen folgende **Mehraufwendungen**:

- Baulandumlegung Belist (rund 118.000 Euro, bereits 2016 geplant).
- Sonderausstellung 200 Jahre Fahrrad im Dreiländermuseum (rd. 87.000 Euro, teilweise durch Fördermittel und Sponsoren finanziert)
- Obdachlosenunterbringung (rd. 71.000 Euro)
- Bestattungsanordnungen / Nachlasssicherungen (rd. 40.000 Euro)
- Neuer Wartungsvertrag für Geschwindigkeitsmessanlagen (rd. 11.400 Euro)
- Steigende Druckkosten der VHS-Programmhefte sowie Programmierung einer Schnittstelle in das Programm der VHS zur automatischen Versendung der Teilnehmerlisten an die Dozenten (rund 13.500 Euro). Höheren Aufwendungen für Veranstaltungen im Rahmen des Lörracher

Forums, wie Theaterfahrten oder Studienreisen stehen entsprechende Einnahmen gegenüber (rund 17.500 Euro).

Zur Entlastung des Haushalts 2017, jedoch aufgrund von Verzögerungen zu Mittelübertragungen nach 2018, führen folgende **Minderaufwendungen**:

- Pauschalbetrag Anschlussunterbringung (ca. 375.000 Euro, zum Teil für Mieten verwendet).
- Diverse Projekten aus dem Bereich Tourismus (Tourismusstrategie, MTB Singletrail und Dreiland Radreiseregion) (rd. 65.000 Euro).
- Verkehrskonzept B317 (100.000 Euro)
- Stadtentwicklungskonzept (82.000 Euro)
- Projekte des Fachbereichs Umwelt und Klimaschutz (rund 243.000 Euro).
- mobile Obdachlosenbetreuung (25.400 Euro; Verzögerung der personellen Aufstockung)
- Jugendbeteiligung (15.000 Euro)
- diverse Bebauungspläne

	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
43	Transferaufwendungen			
	Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke			
4310	an den Bund	0	0	0
4311	an das Land	0	0	0
4312	an Gemeinden/Gemeindeverbände	25.500	41.297	+15.797
4313	an Zweckverbänden u. dgl.	3.400	1.964	-1.436
4315	an verbundene Unternehmen	2.220.400	2.336.170	+115.770
4316	an sonst. öffentl. Soderr.	22.000	16.860	-5.140
4317	an private Unternehmen	39.000	38.278	-722
	an übrige Bereiche			
4318005	- Betriebskosten externe Kindertagesstätten	11.575.000	11.498.500	-76.500
4318001	- Bauunterhaltungszuschüsse Kitas / Sport	162.900	447.635	+284.735
4318000	- Zuschüsse an Vereine, Organisationen usw.	1.296.200	1.226.241	-69.959
432	Schuldendiensthilfen	19.000	19.013	+13
434	Gewerbesteuerumlage, sonstige			
	Steuerbeteiligungen	3.996.000	5.166.709	+1.170.709
4371	FAG-Umlage	14.866.000	14.825.817	-40.183
4372	Kreisumlage	20.562.000	20.561.838	-162
	Summe	54.787.400	56.180.323	+1.392.923

Beim interkommunalen Kostenausgleich für betreute Kinder in Einrichtungen anderer Gemeinden fielen Mehrausgaben in Höhe von rund 14.200 Euro an (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände).

An die Burghof GmbH wurde ein Verlustausgleich von 200.000 Euro bezahlt, wovon 100.000 Euro auf einem Vorjahresansatz basierten (Zuweisungen an verbundene Unternehmen). An den

Eigenbetrieb Abwasser wurden zum Ausgleich nicht-gebührenfähiger Kosten und Erlöse außerplanmäßig rund 36.000 Euro bezahlt.

Bei den externen Kindertagesstätten führten niedrigere Betriebskostenabrechnungen zu Minderaufwendungen von insgesamt rund 76.500 Euro.

Für den Kindergarten Wunderfitz wurde aufgrund einer Ermächtigungsübertragung ein Vorschuss für eine Baumaßnahme in Höhe von 300.000 Euro getätigt.

Ein Mietminderungszuschuss sowie ein Sonderzuschuss für die Küche des Schülercafés Kamelion führten zu höheren Aufwendungen von 30.900 Euro (Zuweisungen an übrige Bereiche). Eingespart wurden 28.500 Euro beim Fachbereich Umwelt und Klimaschutz, da Zuschüsse nicht abgerufen wurden (z.B. Biotopvernetzungsprojekt des Landes BW) oder die Projektträger andere Finanzierungen erhalten haben. Zuschüsse an die Stiftung zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen wurden nicht ausbezahlt, da die damit zusammenhängenden Baumaßnahmen verschoben wurden (Eisengeländerbeplankung Treppe 20.000 Euro und Neuversiegelung Parkett 8.000 Euro).

Die Gewerbesteuerumlage liegt rund 1,17 Millionen Euro über der Planung. Zurückzuführen ist dies auf höhere Gewerbesteuereinzahlungen. Enthalten ist auch eine Rückzahlung aus der Vorjahresabrechnung in Höhe von rund 155.000 Euro.

Die FAG-Umlage liegt rund 40.000 Euro unter der Planung, da der Umlagesatz in Höhe von 22,28% der Steuerkraftsumme um 0,06 Prozentpunkte geringer ausfiel als in der Planung zugrunde gelegt. Zu begründen ist dies mit dem größeren Abstand zwischen Steuerkraftmesszahl und Bedarfsmesszahl im Zusammenhang mit dem unterjährig erhöhten Kopfbetrag bei den FAG-Schlüsselzuweisungen.

ordentliche Aufwendungen		Plan	Ergebnis	Abweichung
44	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
4411,4421	Aufw. für ehrenamtl. Tätigkeit / Sonst. Personal- und Versorgungsaufwend.	452.000	518.109	+66.109
44221	Verfüungsmittel OB	4.000	2.770	-1.230
44292-44299	Sonst. Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten	469.600	393.492	-76.108
443	Geschäftsaufwendungen	716.200	783.322	+67.122
444	Versicherungen und betriebliche Steuern	470.300	531.331	+61.031
	Erstattungen			
4450	an den Bund	15.000	8.330	-6.670
4451	an das Land	2.500	4.976	+2.476
4452	an Gemeinden/Gemeindeverbände	64.500	64.881	+381
4453	an Zweckverbänden u. dgl.	0	0	0
4455	an verbundene Unternehmen	80.000	46.491	-33.509
4457	an private Unternehmen	18.000	15.500	-2.500
4458	an übrige Bereiche	66.100	92.476	+26.376
448,4491	Sonstige ordentl. Aufwendungen zahlungsw.	75.100	507.813	+432.713
4499	Globale Minderausgabe	0	0	0

Summe	2.433.300	2.969.493	+536.193
-------	-----------	-----------	----------

Mehr Stellenausschreibungen haben höhere sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen zur Folge (rund 50.000 Euro).

Ein geplantes Reinigungskonzept beim Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit wurde bislang nicht erstellt und führt unter der Position „Sonstige Inanspruchnahmen von Rechten und Diensten“ zu Minderaufwendungen in Höhe von 25.000 Euro. Auch die geplante Organisationsentwicklung verzögert sich, sodass die geplanten Mittel von 50.000 Euro erst in den Folgejahren benötigt werden.

Rechtsberatungen im Zusammenhang mit Spielhallenerlaubnissen führen dagegen zu höheren Aufwendungen von rund 46.000 Euro, ebenso beim Bebauungsplan Zentralklinikum (8.400 Euro).

Auch beim Bebauungsplan Lingertrain und für ein Gutachten zu Werbeanlagen sind höhere Beratungskosten angefallen. Eingespart wurden die Mittel für die geplante Vergnügungsstättenatzung, da sich diese in die Folgejahre verschiebt.

Beim Stromkonzessionsverfahren ergeben sich Verschiebungen, sodass Minderaufwendungen von 37.000 Euro zu Buche schlagen. Die Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren führen insgesamt zu höheren Aufwendungen von rund 42.400 Euro und verteilen sich auf verschiedene Bereiche, wie Baurecht, Forderungsmanagement oder Bürgerdienste. Mehreinnahmen bei den Fischereischeinen führten zu höheren Abgaben an das Land. Im Jahr 2017 wurden 51 Fischereischeine ausgestellt, 2016 nur 32.

Rechtsverfahren in Personalangelegenheiten haben Mehrausgaben von ca. 12.000 Euro zur Folge.

Die betrieblichen Steueraufwendungen fallen aufgrund von diversen Nachzahlungen an das Finanzamt für Vorjahre um rund 50.200 Euro höher aus.

Die Verrechnung mit dem EB Stadtwerke für Mitarbeiterparkplätze in der Rathaustiefgarage (rund 43.600 Euro, Erstattungen an verbundene Unternehmen) führte weder wie geplant zu Ausgaben noch zu entsprechenden Einnahmen, da die Abwicklung nach wie vor über die Lohnbuchhaltung läuft (Absetzung von den Personalsachkonten und Überweisung an EB Stadtwerke).

Zu Mehrausgaben von rund 13.400 Euro kam es bei der Betreuung der Hochwasserbecken durch den Eigenbetrieb Abwasser.

Für die Renovierung eines zur Anschlussunterbringung genutzten Gebäudes der Kirche hat die Stadt dem Vermieter außerplanmäßig rund 33.500 Euro erstattet (an übrige Bereiche).

Höhere Erstattungszinsen (ca. 146.400 Euro) sind vordergründig auf Gewerbesteuer-rückzahlungen zurückzuführen.

Im Baulandumlegungsverfahren Belist wurden Umlegungsnachteile von Grundstückseigentümern in Höhe von 285.600 Euro ausgeglichen (Sonstige ordentliche Aufwendungen).

	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
45	Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen			
451	Zinsausgaben	497.700	477.595	-20.105
459	Sonstige Finanzausgaben (ohne 85, 86)	27.600	59.587	+31.987
45991	Wertberichtigung Fremdwährungsdarlehen	0	0	0
	Summe	525.300	537.181	+11.881

Aufgrund des besseren CHF Wechselkurses wurden bei den Zinsaufwendungen für Darlehen rund 47.000 Euro eingespart.

Die Zinsaufwendungen aus Leibrentenzahlungen liegen rund 26.500 Euro über der Planung. Hier sind das Alter der Berechtigten, Vervielfältiger des Bundesministeriums der Finanzen und Höhe der Rentenzahlungen maßgebend.

Aufgrund der Niedrigzinssituation wurden Bankgebühren und Verwahrtgelte angehoben und führen zu Mehrausgaben von 32.000 Euro (Sonstige Finanzausgaben).

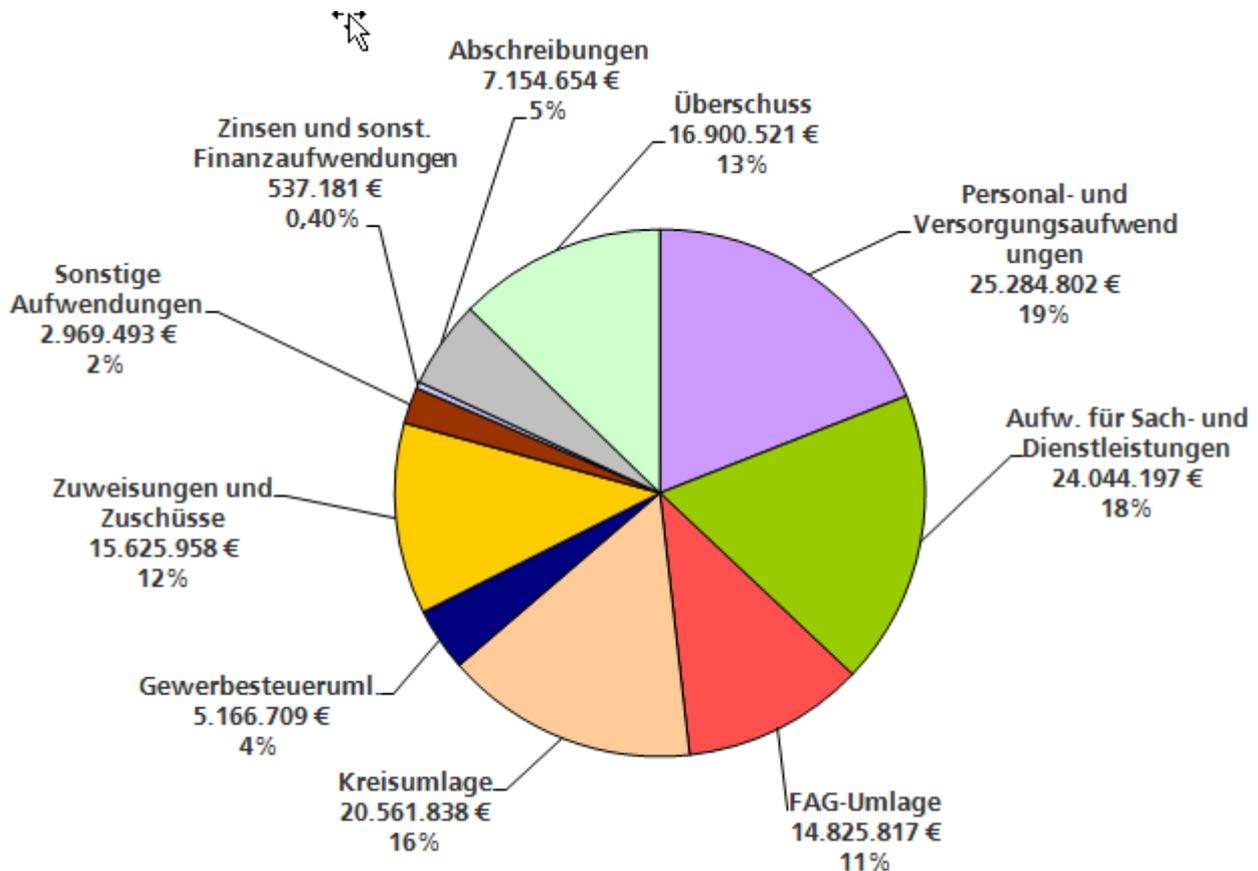
	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
47	Abschreibungen			
4711	AfA immaterielle Vermögensgegenstände	57.900	67.507	+9.607
4712	AfA unb. Grundst. u. Rechte, beb. Grundst.	0	0	0
4713	AfA auf Gebäude	3.476.000	3.476.300	+300
4714	AfA auf Infrastrukturvermögen	1.921.300	1.937.389	+16.089
4715	AfA Maschinen und technische Anlagen	86.100	112.741	+26.641
4716	AfA Fahrzeuge	161.400	138.352	-23.048
4717, 4718	AfA Betriebs- und Geschäftsausstattung	275.900	335.557	+59.657
4719	AfA Sonstiges Sachanlagevermögen	56.500	52.907	-3.593
472	AfA Finanzvermögen	0	959.465	+959.465
479	Sonstige Abschreibungen	69.500	74.436	+4.936
	Summe	6.104.600	7.154.654	+1.050.054

Insgesamt liegen die Abschreibungen auf Sachvermögen um rund 90.500 Euro über der Planung. Höhere Abschreibungen ergeben sich aufgrund einer Software für die Telefonvermittlung an der Infothek, Select Plus BMI MS Office, der Aktivierung des Hebelparks, der Straßen- und Wegebeleuchtung, der Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage sowie der neuen Abfallhaie insbesondere im Grüttpark. Auch die Aktivierung der Mensaküche bei der Halle Tumringen, der Kauf einer Maschine zur Rasenbelüftung für den Sportplatz im Grütt und die Abschreibung der Infosäule erhöhen die geplanten Aufwendungen. Eingespart wurden geplante Abschreibungen für den Kommunaltraktor im Grütt und die neue Drehleiter für die Feuerwehr, da die Anschaffungen erst im Dezember 2017 bzw. in 2018 erfolgte. Abweichungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung kommen naturgemäß zustande, da die einzelnen

Anschaffungen beim beweglichen Vermögen nicht individuell geplant werden. Hier erhöhen insbesondere Anschaffungen an den Gymnasien und der Realschule die Abschreibungen.

Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit, Erlass oder Niederschlagung werden nicht angesetzt. Im Ergebnis 2017 erhöhen sich deshalb die Abschreibungen in diesem Bereich um rund 959.500 Euro. Größter Bestandteil sind naturgemäß Abschreibungen von Gewerbesteuerforderungen.

	Summe ordentliche Aufwendungen	115.420.400	116.170.651	+750.251
--	---------------------------------------	-------------	-------------	-----------------



	ordentliches Ergebnis	1.452.700	16.900.521	+15.447.821
--	------------------------------	-----------	------------	--------------------

2.3.4. außerordentliche Aufwendungen

	ordentliche Aufwendungen	Plan	Ergebnis	Abweichung
5111-5114, 51191	Realisierte außerordentl. Aufw, zahlungsw.	0	0	0
51190, 513	Realisierte außerordentl. Auf. nicht z.w.	0	5.062.282	+5.062.282
532	Aufwend. a. Veräußerung Vermögensgegenst.	0	5.561.079	+5.561.079
51, 532	Außerordentliche Aufwendungen	0	10.623.362	+10.623.362
	Sonderergebnis	0	225.229	+225.229

Von den realisierten nicht-zahlungswirksamen außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich rund 4,75 Millionen Euro auf die Baulandumlegung Belist. Es handelt sich um die Ausbuchung der überwiegend in den letzten Jahren erworbenen Grundstücke, welche nun im Umlegungsverfahren aufgrund der Neuordnung untergegangen sind. Enthalten sind zudem einige ehemalige Straßengrundstücke.

Anliegern der Grabenstraße wurde ihre Beteiligung am Umbau in Höhe 135.491,56 Euro aus Gleichbehandlungsgründen zurückerstattet (investive Auszahlung). Da sich der bilanzielle Wert der Straße auf der Aktivseite durch die Zahlung nicht erhöht, entsteht außerordentlicher Aufwand (sofortige Verschrottung der gebildeten Aktivanlage für die Rückzahlung). Die Auflösung des Sonderpostens auf der Passivseite (Restbuchwert) führt dagegen zu außerordentlichem Ertrag.



Neugestaltung der Grabenstraße



TonArt (Neubau für Kunst und Musik)

Nach der Insolvenz einer Baufirma mussten mangelhaft ausgeführte Gewerke im Rahmen des TonArt-Neubaus erneut an andere Firmen vergeben werden. Die Anlage wurde im Nachhinein um diese Mehrauszahlungen berichtigt. Es entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 85.507,54 Euro.

Weitere nicht-zahlungswirksame außerordentliche Aufwendungen sind durch die Inventur 2017 (Ausbuchung nicht mehr vorhandener oder genutzter beweglicher und immaterieller Vermögensgegenstände, rund 78.400 Euro) entstanden, darüber hinaus durch passive Sonderposten für gespendete investive Vermögensgegenstände (rund 9.600 Euro, siehe auch außerordentliche Erträge für die entsprechenden Aktivanlagen ohne Geldfluss).

Bedingt durch die Wertsteigerungen der Grundstücke im Baugebiet Belist im Umlegungsverfahren wurden Passivanlagen in Höhe von 5.5602.43,07 Euro angelegt.

Letztlich wurde ein Container der Feuerwehr unter Bilanzwert verkauft. (Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen).

	Gesamtergebnis	1.452.700	17.125.751	+15.673.051
--	-----------------------	------------------	-------------------	--------------------

2.3.5. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Finanzrechnung)

	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Plan	Ergebnis	Abweichung
	Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
6810	vom Bund	300.000	0	-300.000
6811	vom Land	0	269.729	+269.729
6812	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
6813	von Zweckverbänden und dergl.	0	0	0
6815	von verbundenen Unternehmen	0	0	0
6816	von sonst. öffentl.rechtl. Sonderrechnungen	0	0	0
6817	von privaten Unternehmen	0	0	0
6818	vom übrigen Bereich	0	41.926	+41.926
682	Veräußerung von Grundst. u. Gebäuden	5.660.000	331.088	-5.328.912
683*1	Veräußerung von immateriellem Verm.	0	0	0
683*2	Veräußerung von beweglichem Verm.	500	58.957	+58.457
684-685	Veräußerung von Anteilsr./Beteiligungen	0	0	0
686	Veräußerung von Wertpapieren	0	0	0
687	Abwicklung von Baumaßnahmen	0	52.564	+52.564
688	Rückflüsse von Ausleihungen	15.400	15.613	+213
689	Beiträge und ähnliche Entgelte	755.000	0	-755.000
	Summe Einzahlungen a. Investitionst.	6.730.900	769.876	-5.961.024

Die investiven Einzahlungen fielen deutlich geringer aus, als geplant. Die einzelnen Abweichungen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Einzahlungen Investitionstätigkeit		Ansatz 2017	Ergebnis 2017
Investitionszuschüsse vom Bund	Sporthalle Rosenfels	300.000	0
Investitionszuschüsse vom Land	Mehrzweckhalle Tumringen Schulräume	0	216.000
	Potenzialmodelle: „Flächen gewinnen durch Innenstadtentwicklung“	0	20.000
	Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße	0	33.729
Investitionszuschüsse von übrigen Bereichen	Zuschuss Bewegungsparcous "Grenzenlos fit" durch Bürgerstiftung	0	4.640,30
	Umkleidegebäude im Grütt: Lüftungsanlage Küche durch FV Lörrach-Brombach	0	7.318,40
	Spende Ruhebänk Biotop Vogelsang	0	245,62
	Spenden Große Säulenfigur Balkenhol	0	28.906,51
	Rückerstattung Investitionszuschuss Garderobe St. Bonifatius	0	814,80
Veräußerung von Grundst. und Gebäuden	Verkauf Tiefgarage Rosenfels an EB Stadtwerke	0	104.353,28
	MMZ-Gelände / Areal Weberei Conrad	4.800.000	0
	Grundstück Westliche Innenstadt	840.000	0
	Ratenzahlung Waldorfschule	20.000	20.579,50
	Sonstige Grundstücke	0	206.155,20
Veräußerung bewegliches und immaterielles Vermögen	Rückabwicklung Kommunalschlepper Grütt	0	56.096,15
	Schadensregulierung Löschfahrzeugkartell	0	1.960,86

	Verkauf Fahrzeug Poststelle	500	500,00
	Verkauf Container Feuerwehr	0	400,00
Abwicklung von Baumaßnahmen	Schadenersatz TonArt	0	52.563,80
Rückflüsse von Ausleihungen	Freunde des Nellie Nashorn	5.000	5.000
	FC-Hauingen-Darlehen	400	368,13
	Darlehensrückflüsse Baugenossenschaft	10.000	10.244,63
Beiträge		0	0
Ausgleichszahlungen	Ökokonto	755.000	0
		6.730.900	769.876,18

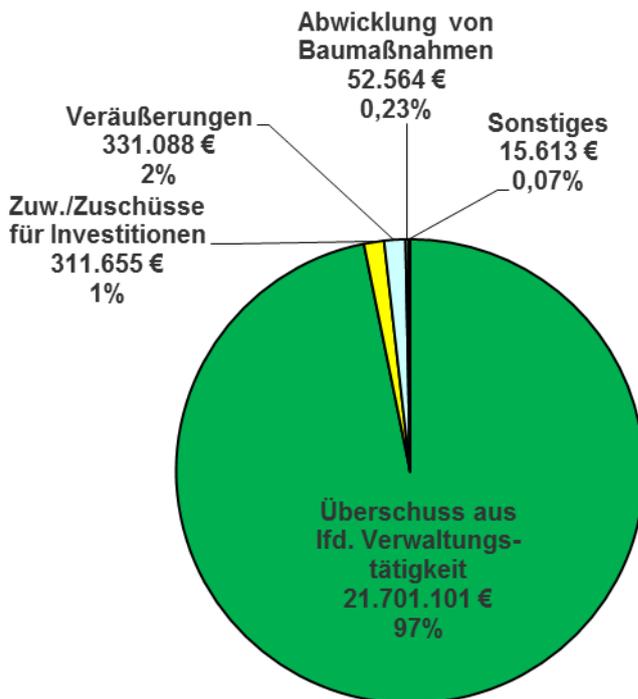
2.3.6. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Finanzrechnung)

	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Plan	Ergebnis	Abweichung
691	Einzahlungen aus der Ausgabe v. Anleihen	0	0	0
	Einzahlungen aus Krediten und inneren Darlehen			
6920	vom Bund	0	0	0
6921	vom Land	0	0	0
6922	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
6923	von Zweckverbänden und dergl.	0	0	0
6925	von verbundenen Unternehmen	0	0	0
6926	von sonst. öffentl.rechtl. Sonderrechnungen	0	0	0
6927	von Kreditinstituten	0	0	0
6928	von sonstigen inländischen Bereichen	0	0	0
6929	vom ausländischen Bereich	0	0	0
694	Sonstige Wertpapiersschulden	0	0	0
699	Rückflüsse von Darlehen	0	0	0
	Summe Einz. a. Finanzierungstätigkeit	0	0	0

Im Haushaltjahr 2017 war keine Kreditaufnahme erforderlich.

	Summe Einzahlungen Inv./Finanz.tätigk.	6.730.900	769.876	-5.961.024
--	---	------------------	----------------	-------------------

Gegenfinanzierung der Investitionen:



2.3.7. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Finanzrechnung)

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		Plan	Ergebnis	Abweichung
	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen			
7810	an den Bund	0	0	0
7811	an das Land	0	0	0
7812	an Gemeinden/Gemeindeverbände	0	0	0
7813	an Zweckverbänden u. dgl.	0	0	0
7815	an verbundene Unternehmen	28.900	33.028	+4.128
7816	an sonst. öffentl. Soderr.	0	0	0
7817	an private Unternehmen	0	3.156	+3.156
7818	an übrige Bereiche	599.400	357.627	-241.773
782	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.713.100	1.631.269	-81.831
783*1	Erwerb von immateriellem Vermögen	90.000	118.981	+28.981
783*2	Erwerb von beweglichem Vermögen	460.400	705.012	+244.612
784-785	Erwerb von Anteilsrechten und Beteiligungen	5.000	5.000	0
786	Erwerb von Wertpapieren	0	0	0
7871	Hochbaumaßnahmen	6.436.000	2.270.569	-4.165.431
7872	Tiefbaumaßnahmen	2.325.000	952.637	-1.372.363
7873	Sonstige Baumaßnahmen	805.000	133.209	-671.791
788	Gewährung von Ausleihungen	0	200	+200
	Summe Auszahlungen a. Investitionst.	12.462.800	6.210.687	-6.252.113

Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen:

Die Abweichung bei den Zuschüssen an verbundene Unternehmen bezieht sich auf eine Schlussrechnung zur Elektroplanung beim Haus Sonne, für welche kein Ansatz vorhanden war. Darüber hinaus ergeben sich Abweichungen durch die Rückzahlung der Anliegerbeiträge der Grabenstraße aus dem Jahr 2008, welche vom Gemeinderat beschlossen wurde. Es wurden 2017 rund 18.600 Euro weniger ausbezahlt, als ursprünglich geplant (Zuschüsse an private Unternehmen bzw. an übrige Bereiche). Im Haushalt 2017 wurden 300.000 Euro für die „Sanierung Vorderhaus Kita Guter Hirte“ bereitgestellt, von welchen bisher jedoch erst 60.000 Euro abgerufen werden konnten (Zuschüsse an verbundene Unternehmen). Die Mittel wurden entsprechend ins Jahr 2018 übertragen.

Erwerb von Grundstücken und Gebäuden:

Der Schwerpunkt beim Erwerb von Grundstücken lag im potenziellen Baugebiet Bühl III. Hier kam eine große Transaktion in Höhe von über 470.000 Euro erst im Januar 2018 zur Auszahlung, sodass entsprechend die Finanzrechnung 2018 belastet wurde. Weitere Ankäufe waren für das Zentralklinikum vorgesehen. Hierfür wurden 1.259.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt, diese Mittel wurden jedoch nur teilweise abgerufen, da die Grundstückskäufe weitgehend ins Jahr 2018 verschoben wurden.

Erwerb von immateriellen und beweglichen Sachen des Anlagevermögens:

Bei der Beschaffung von diversen Softwarelizenzen im Fachbereich EDV kam es zu Mehraufwendungen in Höhe von ca. 15.500 Euro, welche jedoch über Mittel aus dem Verwaltungsbudget gedeckt werden konnten. Für die Beschaffung einer neuen Software im Bereich Energiemanagement sind Kosten von rund 11.500 Euro entstanden, die Mittel dafür waren jedoch im Ergebnishaushalt veranschlagt. Darüber hinaus führten eine Software für den Hochwasserschutz (ca. 8.700 Euro) sowie weitere kleinere Anschaffungen in verschiedenen Fachbereichen zu weiteren Mehrauszahlungen, die ebenfalls über die Verwaltungsbudgets gedeckt werden konnten. Minderaufwendungen in Höhe von ca. 13.200 Euro sind hingegen beim FB Vermessung entstanden.

Eine detaillierte Plan-Ist-Abweichung für die Beschaffung des beweglichen Vermögens gestaltet sich schwierig, viele Auszahlungen wurden entweder auf Grundlage von Ermächtigungsübertragungen getätigt oder aber durch Mittel aus den jeweiligen Verwaltungsbudgets gedeckt. So können beispielsweise rund 140.000 Euro der Planabweichungen auf diverse Anschaffungen beim Gebäudemanagement (Deckung durch BU-Mittel), rund 73.000 Euro auf zahlreiche Anschaffungen an den Gymnasien (gedeckt durch Multimediainstrumente) oder ca. 27.500 Euro auf Beschaffungen in den städtischen Kindergärten (gedeckt über Verwaltungsbudget) zurückgeführt werden.

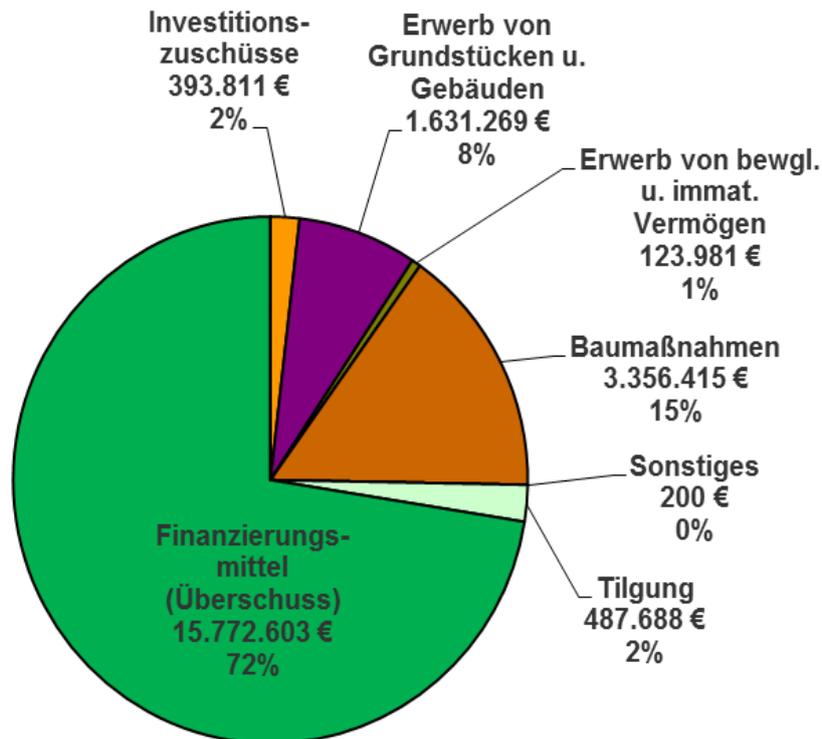
Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, Sonstige Baumaßnahmen:

Ebenfalls als schwierig erweist sich ein Plan-Ist-Vergleich im Einzelnen bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen, da auch hier viele Auszahlungen auf Basis von Ermächtigungsübertragungen, also Vorjahresansätzen, geleistet wurden. Die im Haushalt 2017 bereitgestellten Mittel für Hochbaumaßnahmen in Höhe von 6,436 Mio. Euro wurden ergänzt durch Restmittel von ca. 3,425 Mio. Euro. Ausbezahlt wurden im Laufe des Jahres 2017 jedoch lediglich ca. 2,27 Mio. Euro. Ausschlaggebend dafür waren Verzögerungen bei diversen Bauvorhaben wie beispielsweise dem Neubau der Sporthalle Brombach, dem Bau der Kita in Haagen, der Brandschutz- und Elektrosanierung im HTG, der Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule sowie bei den Maßnahmen Familienzentrum und Anschlussunterbringung Neumatt-Brunnwasser. Dies führt zu hohen Ermächtigungsübertragungen nach 2018 in Höhe von rund 7,744 Mio. Euro.

2.3.8. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Finanzrechnung)

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		Plan	Ergebnis	Abweichung
791	Tilgung von Anleihen	0	0	0
	Tilgung von Krediten			
7920	vom Bund	0	0	0
7921	vom Land	0	0	0
7922	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
7923	von Zweckverbänden und dergl.	0	0	0
7925	von verbundenen Unternehmen	0	0	0
7926	von sonst. öffentl.rechtl. Sonderrechnungen	0	0	0
7927	von Kreditinstituten	550.000	487.688	-62.312
7927	<i>von Kreditinstituten außerordentlich</i>	0	0	0
7928	von sonstigen inländischen Bereichen	0	0	0
7929	vom ausländischen Bereich	0	0	0
794	Tilgung von sonstigen Wertpapierschulden	0	0	0
799	Gewährung von Darlehen	0	0	0
Summe Ausz. a. Finanzierungstätigkeit		550.000	487.688	-62.312
Summe Auszahlungen Inv./Finanz.tätigk.		13.012.800	6.698.375	-6.314.425

Aufgrund des guten Wechselkurses bleiben auch die Tilgungsleistungen für die CHF-Darlehen rund 62.300 Euro unter dem Ansatz.



2.4 Bewertung der Abschlussrechnungen anhand interner Kennzahlen

Ergebnisrechnung

KENNZAHLEN Ergebnishaushalt / -rechnung	Berechnung	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Ergebnis 2017
ordentliche Erträge			101.219.962	107.528.392	110.774.647	118.407.802	116.873.100	133.071.172
ordentliche Aufwendungen			95.431.847	100.759.597	109.989.874	115.449.654	115.420.400	116.170.651
ordentliches Ergebnis			5.788.116	6.768.796	784.773	2.958.147	1.452.700	16.900.521
Gesamtergebnis			7.245.366	9.941.261	2.067.580	3.533.561	1.452.700	17.125.751
Steuerquote	$\frac{\text{Steuern}}{\text{ordentliche Erträge}}$	Eine Kommune mit hoher Steuerquote ist tendenziell weniger abhängig von externen Entwicklungen (z.B. von Finanzausgleichsmitteln), wobei hier bei den Realsteuern auch die "Ausgereiztheit" der Hebesätze mitbedacht werden muss.	58,1%	57,4%	58,6%	58,8%	58,8%	59,1%
Gewerbesteuerquote	$\frac{\text{Gewerbesteuer - Gewerbest.uml.}}{\text{ordentliche Erträge}}$	Die Gewerbesteuer ist eine sehr konjunkturabhängige Steuer, deren Aufkommen in wirtschaftlichen Krisenzeiten oftmals deutlich zurückgeht. Prinzipiell sollte immer auch die perspektivische Entwicklung (verschiedene Szenarien) bedacht werden - neben der Konjunkturabhängigkeit ist insbesondere bei der Gewerbesteuer die Gefahr starker Schwankungen hoch, z.B. wenn ein einzelner besonders potenter Steuerzahler wegfällt.	17,7%	17,5%	15,4%	16,6%	14,5%	17,2%
FAG-Quote	$\frac{\text{Schlüsselzuw.+Zuw. §11 - FAG-Uml.}}{\text{ordentliche Erträge}}$	Je höher die Quote liegt, umso stärker wirken sich Schwankungen beim Finanzausgleich auf die finanzielle Situation aus. Zu beachten ist, dass Zahlungen aus dem Finanzausgleich sehr stark mit den Ergebnissen der Vorvorjahres in Verbindung stehen.	7,5%	9,5%	6,2%	6,8%	6,9%	7,4%

KENNZAHLEN Ergebnishaushalt / -rechnung	Berechnung	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Ergebnis 2017
Personalaufwands- quote	$\frac{\text{Personal- u. Versorgungsaufw.}}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	<p>Die Personalaufwendungen spielen bei Gebietskörperschaften eine große Rolle und machen einen erheblichen Anteil an den Gesamtaufwendungen aus. Das spricht für die Beachtung dieser Kennzahl - vor allem auch deshalb, weil die Reduzierung von Personalaufwendungen i.d.R. nicht kurzfristig möglich ist.</p> <p>Auf der anderen Seite sind interkommunale Vergleiche auf Basis der Personalaufwandsquote schwierig (Ausgliederungen, Unterschiedliches Aufgabenspektrum nach Größenklassen).</p> <p>Personal ist zudem ein Inputfaktor zur Erstellung kommunaler Outputs. Eine niedrige Quote ist daher nicht notwendigerweise ein positives Signal. Stellenabbau und damit eine Reduktion der Personalaufwandsquote wird bzw. kann zu Qualitätsminderungen führen.</p>	20,9%	21,8%	21,2%	20,8%	22,2%	21,8%
Transferaufwandsquote ohne FAG-, Kreis- und Gewerbesteuerumlage	$\frac{\text{Transferaufw.- FAG-Uml.-Kr.uml.-GewUml.}}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	In der Transferaufwandsquote werden Zuweisungen und Zuschüsse sowie Schuldendiensthilfen ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen gesetzt. Bei der Stadt Lörrach geht ein Großteil der Zahlungen an kirchliche und freie Träger von Kindertagesstätten. Weitere Schwerpunkte sind Kultur, Sport sowie die Förderung gemeinnütziger sozialer Träger.	11,7%	12,4%	12,2%	12,7%	13,3%	13,5%
Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{ordentliche Erträge}}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	Die Kennzahl des ordentlichen Aufwandsdeckungsgrades bildet analog zum ordentlichen Ergebnis die gewöhnliche Geschäfts- bzw. Verwaltungstätigkeit ab. Liegt die Kennzahl in einem Mehrjahreszeithorizont bei 100 (oder leicht höher), so wurde eine generationengerechte Haushaltspolitik betrieben. Ist der ordentliche Aufwandsdeckungsgrad kleiner 100, so wurde per Definition auf Kosten künftiger Generationen gewirtschaftet.	106,1%	106,7%	100,7%	102,6%	101,3%	114,5%

Trotz der enorm gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen in den letzten Jahren blieb die **Personalaufwandsquote** mit +/- 21% zuletzt verhältnismäßig konstant. In den kommenden Jahren ist allerdings mit einer leichten Steigerung auf circa 22,5 % der ordentlichen Aufwendungen zu rechnen. Gründe sind die etwas geringeren Wachstumsprognosen bei den Steuereinnahmen, was zur Folge hat, dass auch die Aufwendungen nicht mehr in gleichem Maße steigen können. Im Gegenzug ist jedoch beispielsweise in Bezug auf die Kita Haagen, aber auch im technischen Bereich, mit zusätzlichem Personal zu rechnen. Letztlich wirkt sich der verhältnismäßig hohe Tarifabschluss 2018 im TVöD aus.

Die **Steuerquote** liegt seit 2012 relativ konstant bei rund 60% und ist nach aktueller Finanzplanung auch bis 2021 in dieser Größenordnung zu erwarten. Speziell die **Gewerbsteuerquote** lässt sich aufgrund der besonders hohen Nachzahlungen 2017 in den Folgejahren voraussichtlich nicht halten. Es wird damit gerechnet, dass diese sich gegenüber den 17,2 % im Jahr 2017 bei rund 14% in den Folgejahren einpendeln wird.

Die **Transferaufwandsquote** steigt seit 2012 vor allem aufgrund der höheren Betriebskosten externer Kindertagesstätten sowie durch Zuschüsse für Baumaßnahmen von Kindertagesstätten und Sportvereinen (von 11,0 % auf 13,5 %). Im Jahr 2018 ist erstmals mit einem leichten Rückgang zu rechnen, da in den kommenden Jahren nicht mehr so viele neue Gruppen geplant sind beziehungsweise die Kita Haagen von der Stadt betrieben wird. Es wird mit einer Quote von circa 13 % für 2018 bis 2021 gerechnet.

Der **Aufwandsdeckungsgrad** spiegelt das hervorragende Ergebnis 2017 wider.

Finanzrechnung und Bilanz

KENNZAHLEN Finanzhaushalt / -rechnung	Berechnung	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Ergebnis 2017
Selbstfinanzierungs- quote	<u>Zahlungsm.übersch. a. lauf. Verw.</u> Ausz. aus Investitionstätigkeit	Die Selbstfinanzierungsquote gibt einen Einblick, in welchem Umfang die Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden.	57,8%	68,8%	51,5%	98,8%	52,0%	349,4%
Investitionsquote FinHH	<u>Ausz. aus Investitionstätigkeit</u> Gesamtauszahlungen	Die Investitionsquote ist eine Kennzahl, die gewissermaßen den Alterungsprozess des Anlagevermögens widerspiegelt. Ist die Investitionsquote in einem Bereich langfristig hoch, so lässt dies den Schluss zu, dass ständig in neue Vermögensgegenstände investiert wird. Eine langfristig niedrige Investitionsquote kann auf eine Überalterung der Anlagegüter hinweisen.	14,9%	13,2%	10,4%	7,5%	10,2%	5,4%

Bei der **Selbstfinanzierungsquote** prallen im Abschluss 2017 der extrem hohe Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (zahlungswirksamer Teil der Ergebnisrechnung) mit den, durch Verzögerungen bedingten, extrem niedrigen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit aufeinander. Die Quote wird sich in den kommenden Jahren wieder relativieren, sobald die Mittel für die großen Baumaßnahmen abfließen. Im Ergebnishaushalt sind zudem keine vergleichbar hohen Überschüsse zu erwarten.

Die **Investitionsquote** sinkt auf den im Betrachtungszeitraum niedrigsten Wert. Auch hier spiegeln sich die geringen Auszahlungen für investive Bautätigkeit wider. Des Weiteren machen sich die höheren Gesamtauszahlungen, vor allem aus laufender Verwaltungstätigkeit, bemerkbar.

	2013	2014	2015	2016	2017
Grunderwerb	6,0 Mio.	4,9 Mio.	2,9 Mio.	1,1 Mio.	1,6 Mio.
Hochbau	5,0 Mio.	7,1 Mio.	6,3 Mio.	5,8 Mio.	2,3 Mio.
Tiefbau	2,4 Mio.	1,4 Mio.	0,6 Mio.	0,5 Mio.	1,0 Mio.
Sonstige Baumaßnahmen	0,0 Mio.	0,1 Mio.	0,1 Mio.	0,1 Mio.	0,1 Mio.

KENNZAHLEN Bilanz	Berechnung	Beschreibung	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis
			2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reinvestitionsquote brutto	<u>Nettoinvestitionen</u> Abschreib. auf Sachanlageverm.	Die Reinvestitionsquote beschreibt, in welchem Umfang die gesamten Investitionen im Haushaltsjahr durch die jährlichen Abschreibungen erwirtschaftet wurden bzw. in welchem Umfang zusätzliches Vermögen geschaffen wurde. Liegt die Reinvestitionsquote bei über 100%, so hat sich das Anlagevermögen durch Neuinvestitionen erhöht.	238,8%	292,3%	282,8%	202,3%	138,2%	95,0%
Eigenkapitalquote	<u>Eigenkapital</u> Bilanzsumme	Die Geeignetheit der Eigenkapitalquote als steuerungsrelevante Kennzahl bei öffentlichen Gebietskörperschaften ist umstritten. Sie sagt nichts über die aktuelle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaft aus: Das Eigenkapital ist immer ein Spiegelbild der Vergangenheit. Heikel am Eigenkapital bzw. auch der Eigenkapitalquote ist insbesondere, dass damit eine nicht vorhandene Pufferfunktion suggeriert wird: Es wird gegenwärtig im geltenden Recht nicht zwischen veräußerbarem und nicht-veräußerbarem Vermögen unterschieden. Gebietskörperschaften verfügen allerdings über Vermögen das nur schwerlich bzw. überhaupt nicht veräußert werden kann oder darf, z.B. Brücken, Schulen, Wege etc). In der Konsequenz steht auch nicht das gesamte Vermögen zur Befriedigung der Gläubigeransprüche zur Verfügung.	76,2%	78,3%	78,3%	78,8%	78,6%	78,2%
Eigenkapitalquote II mit Sonderposten	<u>Eigenkapital + passive Sonderposten</u> Bilanzsumme	Die Quote entspricht der Eigenkapitalquote unter der Hinzunahme von passiven Sonderposten. Passive Sonderposten sind z.B. Investitionszuschüsse von Dritten und Erschließungsbeiträge, welche als Pendant zur aktiven Baumaßnahme oder zum Vermögensgegenstand auf der Passivseite dargestellt werden (Bruttomethode). Die Sonderposten werden im gleichen Verhältnis aufgelöst und führen zu Erträgen, wie die Investition auf der Aktivseite abgeschrieben wird (Aufwendungen).	88,0%	90,0%	90,2%	90,6%	90,7%	91,7%
Fremdkapitalquote	<u>Fremdkapital</u> Bilanzsumme	Allgemein gilt, dass es umso besser ist, je geringer die Fremdkapitalquote des öffentlichen Unternehmens bzw. der Gebietskörperschaft ist. Dies hat u.a. den Grund, dass bei einer hohen Fremdkapitalquote auch die zu zahlenden Zinssätze vergleichsweise hoch sind.	12,0%	10,0%	9,8%	9,4%	9,3%	8,3%

		Im Übrigen gilt dieselbe Interpretation wie oben bei "Eigenkapitalquote", da beide Kennzahlen eng miteinander verknüpft sind.							
Darlehensquote	<u>Investitionskredite</u> Bilanzsumme	Die Darlehensquote kann als Teil der Fremdkapitalquote verstanden werden. Durch die Darlehensquote werden die Teile des Fremdkapitals analysiert, die tatsächlich zukünftige Zinsauszahlungen aufgrund von abgeschlossenen Darlehenskontrakten mit Kreditinstituten nach sich ziehen. Insofern kann eine eher niedrige Darlehensquote als tendenziell positiv angesehen werden.	7,4%	7,2%	6,7%	7,0%	6,7%	5,8%	
Infrastrukturquote	<u>Verm. Straßen, Brücken, Plätze, Brunnen</u> Bilanzsumme	Die Infrastrukturquote zeigt, wie viel des Gesamtvermögens in der Infrastruktur gebunden ist. Das Infrastrukturvermögen gilt in der Regel als nicht veräußerbar. Die Kennzahl gibt Hinweise auf etwaige Belastungen (Folgeaufwendungen), die aus der Infrastruktur resultieren. Sinkt die Quote langfristig, könnte dies auch ein Zeichen sein, dass zu wenig in die Infrastruktur investiert wird.	25,6%	25,4%	24,7%	24,2%	23,3%	21,0%	

Erstmals liegt die **Reinvestitionsquote** unter 100%, da die Abschreibungen höher waren, als die Nettoinvestitionen.

Die **Eigenkapitalquoten** erhöhen sich kontinuierlich gegenüber der **Fremdkapital-** bzw. **Darlehensquote**. Dies lässt sich mit den guten Ergebnissen der letzten Jahre und dem stetigen Abbau der Verschuldung begründen. Im Jahr 2017 hilft zudem der günstige Eurokurs gegenüber dem Schweizer Franken. Die Eigenkapitalquote II wird 2017 auch stark durch die Baulandumlegung Belist beeinflusst, weil für den Mehrwert der neuen Grundstücke entsprechende passive Sonderposten zu bilden waren.

Während der Wert des Sachanlagevermögens gegenüber der Vorjahresbilanz 2016 um insgesamt rund 5,6 Mio. Euro anstieg, ist der Wert des **Infrastrukturvermögens** erneut um rund 1,5 Millionen Euro gesunken. Der Trend setzt sich seit Jahren fort, und zeigt, dass die Stadt Lörrach ihre Prioritäten klar dem Hochbau zukommen lässt. Der Wert des Anlagevermögens von Straßen, Wege, Plätze und Brücken verringerte sich seit 2012 von 65,5 auf 61,8 Millionen Euro, während das gesamte Sachanlagevermögen von 189,7 auf 213,5 Millionen angewachsen ist. Zu berücksichtigen ist hier natürlich, dass im Straßenbau der größere Teil der Mittel in Unterhaltungsmaßnahmen fließt und sich somit nicht auf höhere Buchwerte niederschlägt. Aktivierungspflichtig sind Generalsanierungen (z.B. Belchenstraße) und Neubauten. Dennoch sind die Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen auch unter Einbezug der Bauunterhaltungsmaßnahmen verhältnismäßig gering. Laut Berechnungen des Fachbereichs Straßen / Verkehr / Sicherheit müsste etwa der dreifache Betrag eingesetzt werden, um den derzeitigen Zustand des Straßennetzes zu erhalten.

2.5 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die Stadt Lörrach konnte die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben in allen Bereichen gewährleisten.

Seit dem bestehenden Rechtsanspruch im U3-Bereich zum 1. August 2013 ist in Lörrach eine Vielzahl neuer Krippenplätze entstanden. Mit dem Umbau der ehemaligen Grundschule in Haagen kommt eine weitere kommunale Einrichtung mit sowohl U3 als auch Ü3 Betreuungsplätzen hinzu. Zusätzlich sind auch bei den kirchlichen und freien Trägern weitere Gruppen in Planung. Mit dem Neubau des Waldorfindergartens und der Kindertagesstätte „Guter Hirte“ sind derzeit weitere Baumaßnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Die Betreuungsquote im Ü3-Bereich lag 2017 bei 92 %. Im U3-Bereich, in dem langfristig eine Quote von 40 % angestrebt wird, lag diese bei 30,1 %. Aufgrund der großen Nachfrage legt die Stadt Lörrach weiterhin großen Wert auf den Ausbau der Ganztagesbetreuung. Die angestrebte Quote liegt hier bei 30 %, aktuell können 25,8% erreicht werden. Neben der Quantität der Betreuungsplätze steht in Lörrach jedoch vor allem auch die Qualität des Betreuungsangebotes im Fokus, Eltern haben mittlerweile die Möglichkeit zwischen einer Vielfalt pädagogischer und konzeptioneller Ausrichtungen zu wählen.



geplante Kindertagesstätte Haagen in der ehemaligen Grundschule

Am Ende eines sehr intensiven Schulentwicklungsplanungsprozesses (SEPP) steht als Ergebnis das sogenannte „Szenario 8“. Zur Entlastung der Campusschulen soll ein drittes Gymnasium am Standort Neumatt entstehen, für welches die Stadt Lörrach bereits die nötige Genehmigung erhalten hat. Zusätzlich sind an der Hellberschule in Brombach das Fortbestehen der Werkrealschule und parallel dazu der Aufbau eines Realschulzweiges geplant. Ein entsprechender Antrag wurde vom Land bislang nicht genehmigt. Unabhängig davon sieht das „Szenario 8“ den Verbleib der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule am jetzigen Standort mit einem entsprechenden Ausbau der Infrastruktur vor. Hinzu kommen zahlreiche weitere Sanierungsmaßnahmen in Lörracher Schulen, sodass die Investitionsplanung der Stadt nicht nur kurz- sondern auch mittel- bis langfristig von Schulbaumaßnahmen geprägt sein wird.

Ein Schwerpunkt im Schulbereich liegt weiterhin auch auf der Schulkindbetreuung. Hier wurde ein neues Modell für das Schuljahr 2018/2019 entwickelt, welches ein umfangreiches Zeitband, einen einkommensgerechten Zugang, eine Betreuungsgarantie, qualifizierte Fachkräfte und fundierte

pädagogische Konzepte umfasst. Auch die flächendeckende Einrichtung der Schulsozialarbeit, vor allem auch in Anbetracht der Integration von Flüchtlingskindern, zeigte sich als Erfolgsmodell.

In Zusammenarbeit mit der Universität Basel, der Kindersportschule Lörrach, der Bürgerstiftung sowie der AOK Gesundheitskasse hat die Stadt Lörrach im vergangenen Jahr das Projekt „AGiL – Aktive Grundschulen in Lörrach“ ins Leben gerufen. Mit Hilfe von sportmotorischen Tests wird die physische Gesundheit der Kinder erfasst und wissenschaftlich fundiert ausgewertet, um Rückschlüsse über die körperliche Fitness der jeweiligen Kinder ziehen zu können. Aufbauend darauf können in Kooperation mit verschiedenen Partnern freiwillige, kostenfreie Bewegungsangebote installiert werden. Darüber hinaus erweitern Aufklärungsangebote im Bereich Ernährung und Gesundheit sowie Kooperationen mit Lörracher Vereinen das Portfolio an Folgemaßnahmen. Nachdem die Fridolinschule im Jahr 2017 als Pilotschule fungiert hat, soll das Projekt ab 2018 auf alle interessierten Lörracher Grundschulen ausgeweitet werden. Ein weiterer Höhepunkt im Bereich Sport war im Herbst 2017 der Spatenstich für den Neubau der Sporthalle Brombach. Hier soll eine zweiteilige Sporthalle mit eingeschränkter Mehrzwecknutzung entstehen. Für die Planung wurden die besonderen Bedürfnisse der Vereine berücksichtigt. Neben dem Sportbetrieb bietet die Halle Platz für Veranstaltungen für etwa 500 Personen.

Eine der dringlichsten und wichtigsten Aufgaben der Stadt Lörrach ist die Schaffung von Wohnraum. Nicht nur durch den kontinuierlichen Zuzug ins Grenzgebiet und die damit verbundene Bevölkerungszunahme, sondern auch durch den steigenden Wohnflächenkonsum wird der Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt auf hohem Niveau gehalten. Damit verbunden steigen die Mieten im gesamten Stadtgebiet seit Jahren kontinuierlich, insbesondere einkommensschwache Haushalte geraten in dieser Marktdynamik zunehmend in Bedrängnis. Um den angesprochenen Problemen entgegenzuwirken, hat die Stadt Lörrach das Programm „Wohnraumoffensive 2025“ ins Leben gerufen. Ziel der diesbezüglich gegründeten Arbeitsgruppe „AG Neubaugebiete“ ist bis zum Jahr 2025 die Schaffung von 2.500 Wohneinheiten. Dazu können kurz- bis mittelfristig vor allem das Baugebiet „Belist“ mit ca. 220 Wohneinheiten, die Bebauung des „Conrad Areal“ mit ca. 115 Wohneinheiten sowie der Bau des „LÖ“ mit ca. 60 Wohneinheiten beitragen. Darüber hinaus sind mit den Baugebieten „Bühl III“ und „Neumatt-Brunnwasser“, sowie zahlreichen kleineren Projekten, weitere Wohneinheiten in Planung.

Ein Schwerpunkt im Rahmen der freiwilligen Aufgaben der Stadt Lörrach liegt weiterhin auch im kulturellen Bereich. Im Mai 2017 hat der Gemeinderat die Kulturleitlinien, welche in Zusammenarbeit mit zwei externen Begleitern und allen Kulturaktoren der Stadt erarbeitet wurden, verabschiedet. Gleichzeitig wurde die Verwaltung mit der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Erreichung der in den Kulturleitlinien formulierten Ziele beauftragt. Auch dieser Prozess soll unter externer Begleitung erfolgen, die Ergebnisse sollen im Sommer 2018 dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden.

2.6 Wirtschaftliche Lage der Gemeinde

2.6.1. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2010-2017

Die Stadt Lörrach konnte in den letzten Jahren hohe Steigerungen bei den Steuereinnahmen verbuchen. So erhöhte sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 18,6 Millionen Euro im Jahr 2011 auf über 32 Millionen Euro zum Jahresabschluss 2017. Auch die Schlüsselzuweisungen stiegen im selben Zeitraum von 18,3 auf 24,2 Millionen Euro. Insgesamt erhöhten sich die Erträge aus Steuern, Zuweisungen und Umlagen sogar von 76,2 auf rund 114 Millionen Euro. Grund ist die stabile Konjunktur seit dem Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise, verbunden mit stetig höheren Beschäftigungszahlen.

Im gleichen Zeitraum stiegen jedoch auch die Aufwendungen enorm. Das Personalbudget erhöhte sich im Zeitraum 2010 bis Plan 2018 um 43,2 % von 17,6 auf fast 25,2 Mio. Euro. Der vom Gesetzgeber geforderte Ausbau der Kinderbetreuung führte in Lörrach dazu, dass die entsprechenden Aufwendungen von 7,8 auf über 16 Millionen Euro anstiegen. Weitere Ausgabensteigerungen fielen durch den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen sowie für die Schulsozialarbeit an.

Die gute finanzielle Situation hatte zur Folge, dass die Stadt ihre Aufgaben auch über den Pflichtbereich hinaus in diversen Bereichen, wie beispielsweise der Kultur, dem Tourismus oder dem Sport professionalisierte. Dies führte zu Stellenschaffungen sowie zum Kauf und zur Anmietung mehrerer Liegenschaften.

Im Jahr 2016 zeichnete sich eine wachsende Differenz zwischen Einnahmen- und Ausgabensteigerung ab und führte bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2017 dazu, dass die Ergebnishaushalte in der mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Zudem ließ sich das geplante umfassende Investitionsprogramm mit dem begonnenen Schulentwicklungsplanungsprozess finanziell nicht darstellen. Aus diesem Grund wurde die Projektgruppe „Nachhaltige Finanzen“ mit dem Ziel gegründet, den Ergebnishaushalt dauerhaft um 5 Millionen Euro zu entlasten. Dies gelang nur teilweise: In einer ersten Phase der Haushaltskonsolidierung wurden vom Gemeinderat Maßnahmen in Höhe von etwas mehr als 2 Millionen Euro beschlossen. Enthalten waren, neben einer Vielzahl kleinerer Maßnahmen, die Erhöhung der Grundsteuer um 25 Prozentpunkte, eine Stellenbesetzungssperre sowie Einschränkungen bei den Ermächtigungsüberträgen.

Zu einer Entspannung der finanziellen Situation führten die Steuerschätzungen im November 2016 sowie jene im Mai und November 2017. Vor allem beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer kann zwischenzeitlich mit spürbar höheren Zuweisungen gerechnet werden. Zudem sorgten Nachzahlungen für Altjahre bei der Gewerbesteuer für einen höheren Liquiditätsbestand.

Die sich im Herbst 2017 abzeichnenden Überschüsse 2017 wurden vollständig im Haushaltsplan 2018 und in der Finanzplanung 2019-2021 für ursprünglich zurückgestellte sowie neu aufgekommene Investitionsmaßnahmen eingesetzt. Allgemein steht die Stadt Lörrach vor einem gewaltigen Investitionsprogramm, dessen Gegenfinanzierung neben liquiden Überschüssen ausgeglichener Ergebnishaushalte vor allem Grundstücksverkäufe vorsieht (Belist, Zentralklinikum, Bühl III). Zu Engpässen und sich abzeichnenden zeitlichen Verschiebungen einiger Maßnahmen führt die in der Dringlichkeit deutlich gestiegene Rathaussanierung. Derzeit wird die Ausweisung eines Sanierungsgebietes für die nördliche Innenstadt geprüft.

2.6.2. Entwicklung der Schulden im Kernhaushalt

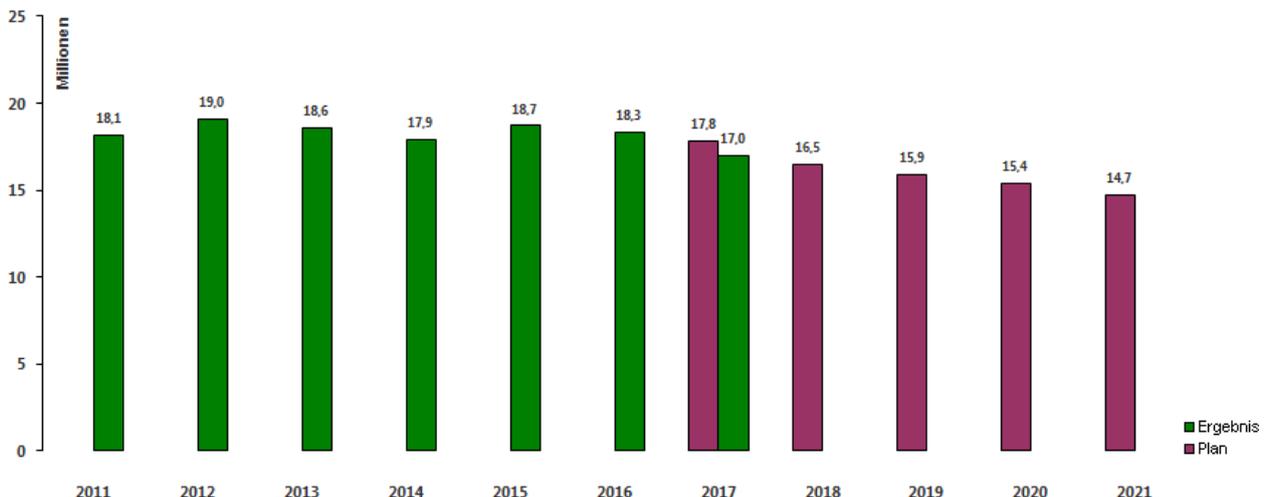
SCHULDEN Kernhaushalt	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>Schulden am 31.12. Vorjahr</i>	18.136.648	19.048.653	18.587.893	17.917.581	18.699.314	18.346.074
geplante Kreditaufnahme	3.000.000	4.000.000	2.320.000	2.000.000	0	0
Änderung Kreditaufn./Umschul.	-1.986.000	-4.000.000	-2.320.000	-2.000.000	0	0
Summe Kreditzugänge (+)	1.014.000	0	0	0	0	0
ordentliche Tilgung	161.719	328.233	191.184	191.761	474.276	487.688
geplante Sondertilgung	0	4.601.600	622.700	0	0	0
Änderung Sondertilgung	0	-4.601.600	26.863	0	0	0
Summe Tilgung (-)	161.719	328.233	840.747	191.761	474.276	487.688
Stand Jahresende	18.988.928	18.720.420	17.747.147	17.725.821	18.225.038	17.858.386
Wertberichtigung CHF-Darlehen	59.724	-132.526	170.435	973.493	121.036	-851.325
Stand Jahresende nach Kurskorrektur	19.048.653	18.587.893	17.917.581	18.699.314	18.346.074	17.007.061
Pro-Kopf-Verschuldung Kernhaushalt	<i>393</i>	<i>381</i>	<i>369</i>	<i>385</i>	<i>376</i>	<i>346</i>

(Die Umschuldungen im Jahr 2016 sowie kreditähnliche Rechtsgeschäfte sind in der Tabelle nicht dargestellt)

Die zweckgebundenen Kreditermächtigungen für Grundstückskäufe (Belist und Entenbad) aus den Jahren 2013 und 2014 mussten ebenso wenig in Anspruch genommen werden, wie eine allgemeine Kreditermächtigung aus dem Jahr 2015. Im Jahr 2013 war ursprünglich die Rückführung des Gewährträgerdarlehens in Höhe von 4.601.627 Euro an die Sparkasse Lörrach-Rheinfelden vorgesehen, welches seit 2010 im Schuldenstand der Stadt geführt wird. Dieses wird nun jedoch auch die nächsten zehn Jahre von der Sparkasse benötigt. Seit 2016 sind keine weiteren Kreditaufnahmen vorgesehen.

Von den drei im Kreditportfolio enthaltenen Schweizer-Franken-Darlehen werden derzeit zwei getilgt. Das endfällige Darlehen steht 2019 zur Zinsneufestsetzung an und soll dann ebenfalls mit einer jährlichen Rate getilgt werden. Die verstärkte Rückführung der CHF-Darlehen wurde auch in der letzten Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gefordert.

Hierdurch vermindert sich das Kursrisiko weiter. In 2017 hat sich der CHF-Kurs positiv entwickelt (1,1708 Euro), sodass zum Ende des Jahres ein Kursgewinn von 851.325 Euro zu verbuchen war. Die Kursgewinne führen zu nicht-zahlungswirksamen Erträgen und reduzieren den Schuldenstand mit der ordentlichen Tilgung zusammen auf **17.007.060,84 Euro**



Entwicklung der Schulden im Kernhaushalt in Millionen Euro

2.6.3. Entwicklung der Liquidität

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		2015	2016	2017
		EUR	EUR	EUR
		1	2	3
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	14.834.464	11.922.594	923.291
2	+/- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 17 GemHVO)	6.138.966	9.166.402	21.701.011
3	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 31 GemHVO)	-9.388.949	-7.383.070	-5.440.811
4	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 35 GemHVO)	-191.761	-474.276	-487.688
5	+/- Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (§ 50 Nr. 39 GemHVO)	529.874	-12.308.359	-11.915.175
6	= Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende (§ 50 Nr. 42 GemHVO)	11.922.594	923.291	4.780.628
7	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresende	1.117.609	13.526.812	1.136.015
	+ Wertpapiere: Investmentzertifikate	500.000	500.000	21.500.000
	+ Wertpapiere: Kapitalmarktpapiere	0	500.000	2.500.000
	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen	0	0	960.000
8	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende	0	0	0
9	= Liquide Eigenmittel zum Jahresende	13.540.203	15.450.103	30.876.643
10	- übertragene Ermächtigungen für Auszahlungen (§ 21 GemHVO)	-11.801.268	-9.657.583	-18.184.578
11	+ nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0	0
12	+ übertragene Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	0	0	5.360.000
13	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	1.738.935	5.792.520	18.052.066
14	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden			
15	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden			
16	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	1.738.935	5.792.520	18.052.066
17	nachrichtlich: Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	1.802.575	1.936.896	2.039.036

Die hohen liquiden Eigenmittel (Zeile 9) zum 1.1.2018 spiegeln auf der einen Seite die hervorragenden Ergebnisse 2016 und 2017 wieder, auf der anderen Seite aber auch den geringen Mittelabfluss, verbunden mit hohen Ermächtigungsübertragungen (Zeile 10). Leider sind aufgrund der aktuellen Zinslage Verwahrentgelte (Negativzinsen) zu entrichten, welche derzeit bei -0,4 % auf Girokonten beziehungsweise bei -0,26 % beim Fonds „Deka Liquiditätsplan TF-E(A) Investmentzertifikate“ liegen. In letzterem waren zum Jahreswechsel 21 Millionen Euro angelegt. Keine Negativzinsen entfallen auf den Deka-Kommunalfonds „Euroland Balance“ (500.000 Euro) aus dem Jahr 2013.

Positiv verzinst werden ältere, mehrjährige Festgeldanlagen (1.090.000 Euro) sowie ein Bausparvertrag (46.015 Euro, 3% Zinsen+Bonus).

Hinzu kommen Kapitalmarktpapiere in Form einer Deka-EM-Anleihe (500.000 Euro; 0,72 % Zinsen, bis 2025), einer Stufenzinsanleihe (1.000.000 Euro 0,3 bis 1,1 % Zinsen, bis 2024;) sowie der Anleihe „Geldmarkt-Floater“ (1.000.000 Euro; 0,3 bis 1,15 % Zinsen, bis 2023).

Die bereinigten liquiden Eigenmittel zum Jahresabschluss 2017 in Höhe von 18.052.066 Euro (Zeile 13), beziehungsweise 16.013.030 Euro nach Abzug der Mindestliquidität, sind bereits zu einem erheblichen Teil in der Haushaltsplanung 2018 (-6.022.600 Euro) sowie in der mittelfristige Finanzplanung 2019-2021 (-6.413.300 Euro), eingesetzt worden. Bis zum Jahr 2021 verbleiben zwar rund 3,58 Millionen Euro, jedoch zeichnet sich zu Beginn des Jahres 2018 bereits neuerlicher Finanzbedarf ab, welcher bislang nicht berücksichtigt wurde. Der Neubau des Einkaufszentrums „Lö“ fordert beispielsweise die Umgestaltung von Bahnhofsvorplatz, Sarasinweg und Palmstraße, welche neben dem Investor teilweise auch die Stadt zu tragen hat. Darüber hinaus werden deutliche Mehrkosten bei der Sanierung Basler-/Kirchstraße sowie beim Umbau des Familienzentrums erwartet.

2.6.4. Chancen und Risiken

Chancen

Die größte Chance der Stadt Lörrach liegt darin, dass die Steuereinnahmen und Zuweisungen auch in den kommenden Jahren deutlich höher ausfallen als erwartet.

Durch die anhaltend positive Konjunktur, verbunden mit der guten Arbeitsmarktsituation, sind weiterhin hohe Einkommen- und Umsatzsteueranteile möglich. Da Lörrach zudem ein begehrtes Zuzugsgebiet ist und in den kommenden Jahren eine Vielzahl neuer Wohneinheiten entstehen soll, sind neben einer steigenden Auslastung der städtischen Einrichtungen auch höhere Schlüsselzuweisungen durch das Land zu erwarten.

Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2020, nach welcher Baden-Württemberg mit jährlichen Mehreinnahmen von 570 Millionen Euro rechnet, lässt zudem allgemein auch auf eine bessere Finanzausstattung der Kommunen hoffen.

Da in den kommenden Jahren in Lörrach keine Gewerbesteuernachzahlungen in der Größenordnung von 2017 zu erwarten sind, sollte bei der Vergabe der knappen Gewerbeflächen, wie demnächst im geplanten Gebiet „Brombach Ost“, neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch auf die Gewerbesteuerkraft potenzieller Bewerber geachtet werden.

Nachdem der Gemeinderat im Oktober 2016 im Rahmen des Konsolidierungsprogramms bereits ein Maßnahmenpaket über rund 2 Millionen Euro beschlossen hat, werden in den kommenden Jahren gezielt die Abläufe der Verwaltung auf den Prüfstand gestellt. Während Synergien und Prozessoptimierungen einen beträchtlichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten sollen, ist darüber hinaus eine vollumfassende Organisationsuntersuchung geplant. Überprüft werden neben der zukünftigen Dezernatsstruktur auch die Zuschnitte der einzelnen Fachbereiche.

Risiken

Große Risiken liegen im sehr umfangreichen und in großen Teilen wenig beweglichen Investitionsprogramm. Dies sowohl in finanzieller, vor allem aber auch in personeller Hinsicht. Zu den investiven Ermächtigungsübertragungen in Höhe von rund 14,8 Millionen Euro aus dem Jahr 2017 kommen in den Jahren 2018 und 2019 Maßnahmen mit einem Volumen in Höhe von 27,6 Mio. Euro beziehungsweise 23,6 Mio. Euro hinzu. Aufgrund mehrerer Stellenwechsel sowie der angesichts dieses enormen Investitionsvolumens ohnehin recht knapp bemessenen Personallage im technischen Bereich steht die Verwaltung in dieser Hinsicht vor großen Herausforderungen. Viele Großprojekte wie die Sporthalle Brombach oder Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Zentralklinikum des Landkreises, vor allem aber auch Investitionen der Wohnraumoffensive, der Schulentwicklungsplanung und des Ausbaus von Kindertagesstätten, sind begonnen und können aufgrund unterschiedlicher Abhängigkeiten nicht bzw. nur in geringem Maße zeitlich gestreckt oder in spätere Jahre verschoben werden. Trotz der zuletzt hervorragenden Jahresabschlüsse

besteht faktisch keinerlei Spielraum mehr für unvorhergesehene bzw. ungeplante Investitionsmaßnahmen. Neben der Tatsache, dass das Rathaus früher als geplant generalsaniert werden muss, stellen weitere Projekte Politik und Verwaltung bei der Priorisierung vor große Probleme. Maßnahmen, die bisher eher im mittelfristigem Planungshorizont verankert waren, drängen ohne komplette Finanzierung nach vorne. Zu nennen sind das Museumsdepot und die alte Gewerbeschule Brombach, bei denen eine hohe Förderung im Raum steht. Finanziell ist die Stadt auf den Fortbestand der guten Konjunktur angewiesen, auch ein gegenüber den Prognosen leicht abgeschwächter Aufschwung hätte massive Einschnitte und Verzögerungen in laufende Investitionsprojekte zur Folge. Verschärfend kommt hinzu, dass es keineswegs sicher ist, dass beispielsweise die Schulentwicklung mit den vorgesehenen Investitionsmitteln zu finanzieren ist. Es handelt sich in vielen Fällen um Kostenschätzungen mit entsprechendem Prognoserisiko.

Ein weiteres Risiko stellen Ausgabensteigerungen im Ergebnishaushalt dar, mit der Folge, dass dieser mittel- bis langfristig nicht mehr in der Lage ist, die für das Investitionsprogramm vorgesehenen liquiden Überschüsse zu erwirtschaften. Aufgrund der guten Jahresergebnisse 2016 und 2017 sind bereits erste Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung zurückgenommen worden. Allgemein zeigen sich im Hause Tendenzen, dass die Zeit des Sparens nun vorbei sei, und man nun wieder uneingeschränkt Projekte und neue bzw. ausgeweitete städtische Angebote anmelden könne.

Folgende Tatsachen dürfen dabei jedoch nicht außer Acht gelassen werden:

Die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes 2018 sind in der mittelfristigen Finanzplanung nicht in entsprechender Höhe berücksichtigt. Während mit einer Steigerung von 2,5% pro Jahr kalkuliert wurde, beträgt die tatsächliche Erhöhung 3,19 % ab März 2018 bzw. weitere 3,09 % ab April 2019. Für die Stadt entstehen allein dafür Mehrkosten in Höhe von 400.000 Euro pro Jahr. Noch nicht eingerechnet ist vor allem im technischen Bereich zusätzlich angefordertes Personal zur Bewältigung der Investitionen und Bauunterhaltungseinzelmaßnahmen.

Unklar ist derzeit die weitere Entwicklung der Zahl der Flüchtlinge. Es stellt sich vor allem die Frage, für wie viele Personen und für welche Summen die Stadt bei der Abschlussunterbringung aufkommen muss, bzw. ob neben den bestehenden Einrichtungen wie Gretherstraße, Neumatt-Brunnwasser und Bächlinweg weitere Ankäufe oder Anmietungen erforderlich sind.

Unsicherheiten bei den Steuereinnahmen bestehen im Zusammenhang mit der vom Bundesverfassungsgericht verordneten Grundsteuerreform sowie bei den gesetzlichen Neuerungen zu den erlaubten Standorten einzelner Vergnügungsstätten mit dem Risiko einer möglicherweise deutlich rückläufigen Vergnügungssteuer.

Insbesondere sollten allgemeine Steuerschätzungen in Zeiten, in denen die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft angesichts drohender Handelszölle und protektionistischen Tendenzen unklar ist, nicht als Garantien betrachtet werden.